

VORAN

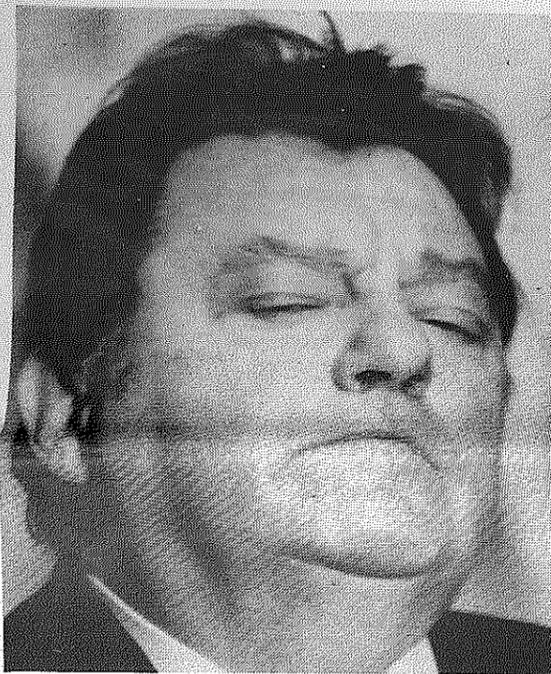
MARXISTISCHE ZEITUNG FÜR SPD, JUSO UND GEWERKSCHAFT

Nr. 47

August/September 1980

80 Pfg. Solidaritätspreis 1,20 DM

Keine Stimme für das Kapital, keine Stimme für Strauß FÜR EINE ABSOLUTE MEHRHEIT DER SPD SPD-Linke muss für sozialistische Politik kämpfen!



Hunderttausende aktiver Helfer werden im kommenden Wahlkampf auf den Beinen sein, um für die SPD zu werben. Sie wissen, daß Franz-Josef Strauß in den Diensten des Großkapitals steht. Wir alle wissen auch: Strauß wird daran gehen, alle sozialen Errungenschaften der Arbeiterbewegung zu zerstören.

Sein Vorbild ist die konservative Thatcher-Regierung in Großbritannien. Diese hat es in nur 16 Monaten Amtszeit geschafft, die Arbeitslosenzahlen auf 2 Millionen hochzujagen - den höchsten Stand seit 50 Jahren! Dies war auch das erklärte Ziel der Konservativen: "Die lahmen Enten sollen sterben." Die Folge: massenhaft Unternehmenskonkurse. Auf diese Weise hoffen sie, die "gesunden" überlebenden Firmen zu stärken und die Wirtschaftskrise nach 5 Jahren Talfahrt grundlegend gelöst zu haben. Die Rechnung zählt - wer denn sonst? - die Arbeiterklasse: der Lebensstandard sank in einem Jahr um 20%!

Soweit darf es in der Bundesrepublik gar nicht erst kommen. Strauß muß gestoppt werden! Wir müssen für eine absolute Mehrheit der SPD kämpfen. Denn auch der Koalitionspartner FDP steht eindeutig in den Diensten des Kapitals. Spätestens nach den jüngsten Äußerungen ihres Paradedeffers Lambsdorff (der meinte, die deutschen Arbeiter seien nicht fleißig genug) sollte dies jedem Kollegen klar sein!

Die FDP spielte seit Beginn der sozialliberalen Koalition eine eindeutige Bremsen-Rolle. Unter ihrem Druck hat die SPD-Spitze u.a. die Steuerreform und das Mitbestimmungsgesetz verwässert, die Berufsbildungsabgabe der Unternehmer nicht einkassiert und die Bodenreform gar nicht erst in Angriff genommen. Die FDP muß aus dem Bundestag raus!

Fortsetzung S.8

← Strauß muß gestoppt werden!!!

Zum 1. September (Antikriegstag):

WELTWEIT RÜSTUNG, WELTWEIT KRIEGE...

Wie kann dies beendet werden?!

Am 1. September, dem Antikriegstag werden auch dieses Jahr wieder weltweit Millionen Arbeiter, Angestellte und Jugendliche demonstrieren: "Friede, Abrüstung und Entspannung!" wird als Forderung auf ihren Fahnen und Transparenten stehen. Mit der Frage "Droht ein Weltkrieg?" hat sich VORAN in einem Artikel der letzten Ausgabe auseinandergesetzt. In dieser Nummer wollen wir uns einem anderen Aspekt zuwenden: den weltweiten Rüstungsausgaben; den Kriegen der "Nachkriegszeit", die auf der Erde stattgefunden haben (also dem "Weltfrieden", falls er mal nicht von der beschränkten europäischen Warte aus gesehen wird); und der Frage, wie man diese Kriege beenden kann.

Wachsende Rüstung und wachsender Hunger...

Weltweit steigen seit 1949 die realen Ausgaben für Rüstung. Zu konstanten (1) Preisen auf der Basis von 1970 betrugen sie:

Tabelle 1: Weltweite Rüstungsausgaben (konstante 1970-Preise)

1949:.....67,9 Mrd. US-Dollar
1959:.....131,7 Mrd. US-Dollar
1969:.....212,9 Mrd. US-Dollar
1979:.....278,7 Mrd. US-Dollar

(Angaben laut Internationales Friedensforschungsinstitut in Stockholm (SIPRI))

Real haben sie sich also in 30 Jahren vervierfacht. In diesem Jahr wird es weltweit die gigantische Summe von 500 Mrd. US-Dollar (zu heutigen Preisen) sein, die für militärische Zwecke ausgegeben wird. Dies ist doppelt so viel wie die weltweiten Ausgaben für Gesundheit. 75% dieser Summe werden auf die Konten der NATO und des Warschauer Paktes gehen, 15% auf das der "Dritten Welt".

8 Mio. Kinder sterben jährlich an Hunger. 660 Mio. Menschen der Dritten Welt leben in Hunger und Elend. Diese Situation hat gegenwärtig keine Hoffnung auf Verbesserung. Im Gegenteil, sie verschlechtert sich laufend. Trotzdem tauchen in den 70er Jahren beim Waffenhandel (der sich in diesem Zeitraum verdreifachte) die Länder der Dritten Welt bei zwei Dritteln aller Waffengeschäfte als Käufer auf.

Wer kämpft gegen wen?

"Wofür diese massiven Ausgaben?" könnte man fragen, "Wir haben doch Frieden..." Das täuscht! Weltweit betrachtet, verging seit 1945 kein einziges Jahr, kein einziger Monat, nicht einmal eine einzige Stunde, ohne daß irgendwo ein militärischer Konflikt im Gange war.

Wer kämpft gegen wen? Zumeist Unterdrückte gegen Unterdrücker, manchmal verschiedene Unterdrückte gegeneinander, die sich um die Beute (die Unterdrückten) streiten. Die meisten dieser Konflikte finden in der Dritten Welt statt. Die industriell fortgeschrittenen, die imperialistischen Staaten haben immer ihre Finger im Spiel. Fortsetzung S.8

In Schule, Büro und Betrieb:

ANTI-STRAUSS-PLAKETTEN: TRAGEN VERBOTEN!

Wehrt Euch, leistet Widerstand...

Viele Kollegen trauten ihren Ohren nicht, als sie es vor Monaten zum ersten Mal hörten: Es ist nicht überall erlaubt, Anti-Strauß-Plaketten zu tragen! Wer's trotzdem tut, der fliegt raus: aus der Schule, oder aus dem Betrieb. Die Fälle häufen sich derart (vor allem in Bayern, wo Strauß als Ministerpräsident das Sagen hat), daß man sie kaum noch aufzählen kann:

* In Regensburg flog die 18jährige Gymnasiastin Christine Schandler wegen Tragens einer Stoppt-Strauß-Plakette von der Schule.

* In Stolberg bei Aachen wurde einem Chemiarbeiter aus dem gleichen Grund gekündigt.

* In mehreren Betrieben in Bayern (u.a. in Regensburg bei den Firmen Siemens und Händler und der Lehranstalt Eckert und in Neutraubling bei der Firma Kronseider) wurden Arbeiter rausgeschmissen.

* Der Bundesverband deutscher Arbeitgeber versicherte flugs in einer Presseerklärung, daß solche Kündigungen rechtens seien. Politische Meinungsäußerungen in Betrieben seien verboten, da sie "den Betriebsfrieden stören!"

So steht es also mit dem Recht auf Meinungsfreiheit in unserer "freiheitlich-demokratischen Grundordnung"! Man darf seine Meinung wohl nur noch am Pyjama im Bett angesteckt werden? (Preisfrage: Ist in Bayern eigentlich mal jemand wegen einer "Pro-Strauß"-Plakette aus Schule

oder Betrieb geflogen? Gibt es überhaupt Leute, die solche Plaketten tragen?!)
Der Widerstand gegen solche Repressalien ist im Gange. Gerichtsverfahren sollen das Recht auf Mei-



Marlon Hoffmann (23 Jahre) und Andrea Pilchowski (21), beide Buchhändler-Lehrlinge bei der Fa. Pustel, beide HBV-Mitglieder, sollen in Nürnberg von der Berufsschule fliegen.

nungsfreiheit einklagen, wobei u.a. die IG Metall Rechtsschutz gibt. Das reicht jedoch nicht aus. Die Arbeiterbewegung muß gegen diese Angriffe auf demokratische Rechte mobilisiert werden. Wir dürfen uns nicht auf "unabhängige" Richter verlassen. Nur unsere eigene Stärke zählt! "Aus Solidarität" hat z.B. die gesamte Klasse von Christine Schandler einen Tag später demonstrativ ebenfalls "Stoppt-Strauß"-Anstecker getragen. Dieses Beispiel muß Schule machen.

* STOPPT STRAUSS!

Angriffe auf die Montanmitbestimmung:

Die Mitbestimmung verteidigen - die Sozialisierung erkämpfen!

Massive Arbeitsplatzvernichtung droht

Bei den Duisburger Mannesmann-Hüttenwerken sollen 3.000 Kollegen ihre Arbeitsplätze verlieren. Sollten entsprechende Konzernpläne in den nächsten Jahren verwirklicht werden, dann würde die Arbeitslosigkeit im Duisburger Raum weiter hochschnellen. Schon jetzt sind in Duisburg 16.000 Menschen arbeitslos; 1980 wird einen Anstieg um weitere 4.000 erwartet! Selbst wenn durch vorzeitige Pensionierung, "natürlichen Abgang" und Prämien die Belegschaftszahl stückweise gesenkt wird, wird dies nichts grundlegend lösen: Die junge Generation wird draußen bleiben!

Bei seinen rigorosen Rationalisierungsmaßnahmen auf Kosten der Belegschaft will der Konzernvorstand ein Overbeck freie Hand. Ihm stehen dabei auch die bescheidenen Rechte der Arbeitnehmer durch die Montan-Mitbestimmung im Wege. Deshalb soll jetzt durch "Umstrukturierung" die Hütte aus dem Montan-Mitbestimmungsbereich herausgenommen werden, indem man sie an Mannesmann-Röhren verpachtet. Angeblich sollen durch diese Maßnahme gleichzeitig 50 Mio. DM eingespart werden.

Die Montanmitbestimmung von 1951

So ist die Montan-Mitbestimmung in den letzten Wochen zu einem gewerkschaftlichen und politischen Hauptthema geworden. SPD, DGB und IG Metall wollen verhindern, daß die in der Nachkriegszeit erlangten Mitbestimmungsrechte jetzt wieder abgebaut werden.

Die Montan-Mitbestimmung war 1951 in Kraft getreten; sie gilt für den Bergbau und die Eisen und Stahl erzeugende Industrie. Ihre Merkmale sind:
- Die gleiche Zahl von Vertretern der Anteilseigner und Arbeitnehmer im Aufsichtsrat.

- Zusätzlich ein "neutraler" Mann im Aufsichtsrat.
- Ein Arbeitsdirektor im Vorstand, der nicht gegen den Willen der Arbeitnehmervertreter bestellt werden kann (d.h. oft ein Gewerkschafter).

Dieses Montan-Modell entspricht in seinen Grundzügen dem DGB-Mitbestimmungsmodell. Seine Einführung im Jahre 1951 war schon ein schwerer Rückschlag gegenüber der nach dem Kriege von den Arbeitern aufgestellten Forderung nach Sozialisierung der Schlüsselindustrien. Dennoch erhofften sich viele davon einen ersten Schritt auf dem langen Weg in Richtung Selbstbestimmung der Arbeiter. Nachdem sich je-

doch der Kapitalismus wieder endgültig gefestigt hatte, fiel es den Herrschaften nicht im Schlaf ein, die Rechte der Arbeiter auszudehnen. Unternehmenszusammenschlüsse, Umstrukturierungen und rechtliche Veränderungen bedrohten ständig die Montan-Mitbestimmung. Dagegen mußten öfter Ergänzungsgesetze, Sicherungsgesetze (1967 und 1971) und Gerichtsverfahren (1967 - 1973) sowie Sondervereinbarungen angestrengt und durchgesetzt werden.

Heute gehören nur noch 600.000 Arbeiter und Angestellte zum Montan-Bereich. Große Kapitalgesellschaften außerhalb des Montanbereichs mit insgesamt 4,1 Mio. Beschäftigten fallen unter das Mitbestimmungsgesetz von 1976. Dieses "Modell" sieht zwar formal auch die gleiche Anzahl von Sitzen auf beiden

Seiten vor, garantiert aber dem Kapital letztendlich immer die Überhand:
- Es muß mindestens ein leitender Angestellter auf der Arbeitnehmerbank sitzen (der sich in der Regel durch sein Abstammungsverhalten nicht seine Karriere verbauen will).
- Der Aufsichtsratsvorsitzende (der letztendlich von den Vertretern der Anteilseigner bestellt wird), hat ein doppeltes Stimmrecht.
- Der Arbeitsdirektor ist in der Regel ein Mann der Anteilseigner.

Diese Schein-Mitbestimmung wird jetzt von der FDP und dem Mannesmann-Vorstand als optimales und modernes Modell gepriesen. Forts: S.5

ARTIKEL ÜBER

Kampffonds.....	5.2
SPD-Wahlprogramm.....	5.3
"Die Grünen".....	5.3
Einen fleißigen Grafen und seine Probleme mit der "Faulheit" der deutschen Arbeiter.....	5.3
Geschichte der Mitbestimmung.....	5.4
EG-Krise.....	5.6
Streiks in Polen.....	5.6
Aussperrungsurteil des BGH.....	5.7
Lohnrunde/Mindestlohn.....	5.7
Interview mit Jungarbeitern.....	5.7

VORAN

VORAN zur sozialistischen Demokratie!

Überregionale marxistische Zeitung für SPD, Jusos, Falken und Gewerkschaften.

Erscheint seit Dezember 1973.

Abopreis: 7,- DM für 6 Ausgaben

Redaktionsanschrift: VORAN, Hommesbergerstr. 75, 5630 Remscheid

Bankverbindung: Postcheckamt Essen, H.-G. Öfninger, Konto Nr. 170 20-433

Verantwortlicher Redakteur: Hans-Gerd Öfninger

Druck: Gegendruck, Essen

ihre da oben...
wir da unten

KOSTEN DES EIGENTUMSCHUTZES

Was kostet ein Polizeieinsatz? Wieviel ist es dem Staat wert, wohnungslose Leute auf die Straße zu schießen? Wieviel läßt er springen, um Besetzern von leerstehenden Wohnungen eine Lehre zu erteilen? Was bleicht er, um das "Eigentum" eines reichen Großspekulanten zu schützen?

Wir wissen es jetzt: Wenn das Spekulationsobjekt mit ca. 4 Mio. DM im Kurs steht (jedoch nur 1 Mio. DM wert ist), wenn die Hausbesetzer (die sogar freiwillig die Miete bezahlen mögen, die der Spekulant gar nicht haben mag!) sich weigern, auszuziehen und einem Versicherungspolast Platz zu machen, und wenn schließlich im Bundesland noch eine CDU-Regierung das Sagen hat, dann macht Vater Staat mit dem kleinen Finger kurz 1,6 Mio. DM locker. Für einen Polizeieinsatz (einen von der größeren Sorte natürlich!) zugunsten des Spekulanten: mehrere Gefangenentransportwagen, einige Kilometer NATO-Stacheldraht, 6 Wasserwerfer, 1 paar Panzerwagen und ca. 1.500 staatlich besoldete Eigentumschützer in ihren hübschen grünen Uniformen lassen sich damit eine ganze Woche lang finanzieren. Um dem Spekulantenhai wieder zu seinem Eigentum zu verhelfen. Um die Besetzer wieder obdachlos zu machen. Den Spekulantenhai kostet das Spektakel nichts. Die Besetzer stecken dafür die Polizeiprügel ein. Und die Arbeiter decken mit ihren Steuergeldern die entstehenden Unkosten.

Zu unwahrscheinlich? Nein - amtliche Zahlen. Zahlen des baden-württembergischen CDU-Innenministers: die Kosten des einwöchigen Bürgerkriegs in Freiburg Mitte Juni, als die Häuser des besetzten Dreisamecks geräumt wurden (siehe VORAN Nr. 46). Im Detail: Spiritkosten für die Einsatzfahrzeuge: 79.523,- DM; Verpflegung der bewaffneten staatlichen Eigentumschützer: 65.000,- DM; Reisekosten und Trennungsschädigung derselben: 42.227,- DM; und der größte Batzen, "Mehrarbeitsvergütungen" und Zahlungen für "Dienst zu ungünstigen Zeiten": 1,36 Mio. DM. (Irgendwo fehlt da noch was: Reinigung von Uniformen und Unterwäsche der Beamten; Tränengas-, Wasser- und Munitionskosten; Reparatur und Abschreibung der Geräte würde ein ausgebildeter Kaufmann wohl auch noch dazuzählen. Aber was soll's...)

Übern Daumen gepeilt: Pro Mann und Tag 150,- DM Einsatzkosten (aus dem Steuersäckel).

Preisfrage 1 (mathematisch): Wieviel wird wohl der Polizeieinsatz gegen die nächste große Anti-AKW-Demonstration kosten? (Der Gewinner riskiert beim Polizisten zählen zumindestens einige Schläge mit dem Gummiknüppel).

Preisfrage 2 (politisch): Wessen Interessen verteidigt der Staatsapparat? (Wer die richtige Antwort findet, macht sich leider des Marxismus verdächtig...)

SCHWARZGESCHÄFTE EINES SOWJETBÜROKRATEN

Jahrelang ging's gut. Bis der "Genosse" Ischkow es wohl zu toll trieb mit dem Kaviar-Schwarzhandel. Der verdiente Sowjetfunktionär hatte immerhin fast 40 Jahre treue Dienste als Minister für die Fischerei-Industrie auf dem Buckel. Jetzt hat er seinen schönen Posten verloren. Und mit ihm fast alle leitenden Beamten seines Ministeriums und viele andere Bürokraten niedriger Ränge - insgesamt mehrere hundert "kommunistischer" Würdenträger!

Was hat er überhaupt angestellt? Er verkaufte große Mengen von Kaviarkonserven in den Westen, allerdings als schlichte Büchlingsdosen deklariert. Zum ersten sparte der westliche Importeur damit Unsummen an Zöllen und Steuern. Zum zweiten rechneten Ischkow & Co, dies auch zu Hause zu Büchlingspreisen ab. Den Profit teilten sich Sowjet-Bürokraten und westlicher Importkapitalist "brüderlich". Ischkows Anteil ging auf ein Konto in der Schweiz. Auf seinen Auslandsreisen konnte er frei darüber verfügen. Und in der Fremde war er während seiner Laufbahn sehr oft: Mehr als 50 verschiedene Länder hat er schon mit eigenen Augen gesehen. Die Millionen mußten ja auch ausgegeben sein! Für diese "anstrengende Arbeit im Dienste der Arbeiterklasse" konnte er eine ganze Menge Orden einheimsen: 6 Lenin-Orden (wenn Lenin das wüßte!), 1 Orden des "Roten Arbeiterbanners", 1 Orden des "Helden der sozialistischen Arbeit".

Jetzt ist's aus für ihn. Er hat Pech gehabt. Hin und wieder opfert die Bürokratie einen der ihren, um den Arbeitern zu beweisen: "Seht ihr, wie tapfer wir die Korruption bekämpfen!" Dabei wissen die russischen Arbeiter ganz genau, daß Millionen dieser Bürokraten genauso korrupt sind (im Großen und im Kleinen), wie das Paradebeispiel Ischkow. Die Erkenntnis, daß nur eine politische Revolution zur Herstellung einer echten Arbeiterdemokratie auf der Grundlage eines Rätessystems diese privilegierte Bürokratenclique stürzen kann, dürfte eigentlich naheliegen...

MORAL ENES ASBESTKAPITALISTEN

In Süd-Korea wird Asbest unter Lebensgefahr für die Arbeiter produziert. Das sagt ein deutscher Asbestkapitalist (und der wird's von seiner eigenen Firma her wissen). Das verstöße gegen die guten Sitten; der südkoreanische importierte Asbest sei wegen der kostengünstigen Herstellung nämlich viel billiger als der deutsche. Er klagte vor Gericht (gegen die Ausbeutung der südkoreanischen Arbeiter?). Der Bundesgerichtshof (BGH), der darüber entscheiden sollte, findet das nicht. In Staaten wie Südkorea hätten "andere Wertvorstellungen Geltung... als in westlichen Kulturstaaten".

Da hat der BGH wohl Recht. "Die herrschende Moral ist die Moral der Herrschenden" - und die der Unternehmer dort und in anderen kapitalistischen Staaten heißt: Profitmachen um jeden Preis. Mit den so hochstehenden Wertvorstellungen der Kulturstaaten kann der BGH doch wohl nicht die Tradition der Arbeiterbewegung gemeint haben? Die Arbeiter nicht nur in Süd-Korea finden verstärkt zu dieser Wertvorstellung zurück. Sie heißt Sozialismus. Und damit werden sie den Herrschenden dieser Welt ihren Knigge quer in den Hals stopfen.

AKW-UNFÄLLE: ÜBUNG MACHT DEN MEISTER... (?)

Wir können ruhig schlafen - die Kernenergie und die Kraftwerke hat man im Griff - oder? Also nicht ganz. Zum Beispiel in den vereinigten Staaten gab es im letzten Jahr noch 2.300 Störfälle in den Kernkraftwerken des Landes. Es werden wohl "sichere" Störfälle gewesen sein (außer Harrisburg natürlich). Diese Zahlen sind von offizieller Seite nicht dementiert worden. Aber keine Panik - die nächsten AKWs werden bestimmt besser sein. Und von denen sind schon 85 im Bau. Übung macht den Meister? ??

Der Fall Knapp und seine spürbaren Auswirkungen

In VORAN Nr. 45 berichteten wir über das Ausschluss-Verfahren des IG Metall-Vorstandes gegen den langjährigen Betriebsratsvorsitzenden der Mannesmann-Hüttenwerke (Duisburg-Huckingen), Herbert Knapp. Der Kollege Knapp ist kurz vor dem gegen ihn geplanten Tribunal freiwillig aus der IG Metall ausgetreten. Er hat alle Ämter (einschließlich seines Betriebsratsvorsitzes) aufgegeben und ist in den vorzeitigen Ruhestand getreten. Die Redaktion VORAN hatte sich nach allen Kräften an der bundesweiten Solidaritätskampagne mit dem Kollegen Knapp beteiligt. Auch wir waren von seinem plötzlichen Rücktritt überrascht, den der Kollege Knapp alleine und ohne Absprache oder Information der Leute traf, die sich für ihn einsetzen. In einer Stellungnahme, die wir sofort verfaßten und als (aktuelles) Flugblatt unserer bereits ausgelieferten (und in dieser Hinsicht veralteten) Ausgabe Nr. 45 beilegte, wiesen wir auf den Rückschlag hin, den der Schritt des Kollegen Knapp bundesweit für alle Linken in Gewerkschaften und Betrieben bedeutet: "Er gibt... zunächst denjenigen Auftrieb, die einen so profilierten und angesehenen Gewerkschaftslinken wie Herbert Knapp mundtot machen wollten. Und er sät Resignation, Zweifel und Mißtrauen in die Reihen derer, die sich auf seine Seite gestellt haben." Gerade mit diesem letzten Satz haben wir (vorerst) leider Recht behalten, wie folgende (gekürzte) Zusage aus Aachen zeigt:

(Die Red. VORAN)

... Herbert Knapp war ein Mann, der 1978/79 nicht nur mit an vorderster Front im Streik für die 35-Stunden-Woche marschierte, sondern darüüber hinaus mit seinen Betriebsratskollegen und IGM-Vertrauensmännern auch zu den Vorkämpfern innergewerkschaftlicher Demokratie gehörte.

Wären Ihre Vorschläge und Forderung berücksichtigt worden - der Streik hätte anders ausgehen können.

Wieviele Betriebe in Westdeutschland gibt es denn, in denen eine politische Gewerkschaftsarbeit geleistet wird, bei der sich wie bei Mannesmann die Betriebsräte und Vertrauensleute auch in der Geschichte der Arbeiterbewegung und ihren Lehren schulen?

Die meisten Belegschaften in deutschen Betrieben und Verwaltungen würden sich die Finger abschlecken nach einem Betriebsratsvorsitzenden, wie Herbert Knapp.

Als offensichtlich wurde, was man seitens der IGM-Spitze mit dem Kollegen Knapp vorhatte, bildeten sich spontane Solidaritätsgruppen für Herbert Knapp und gegen die unsolidarischen antigewerkschaftlichen Absichten des IG Metall-Vorstandes.

Auch der Arbeitskreis Betriebsarbeit der Junosozialisten des Unterbezirks

Aachen-Stadt bekundete seine Solidarität mit Herbert Knapp.

Eine geplante Großveranstaltung für den Monat April unter dem Motto "Abbau demokratischer Rechte im Betrieb" mit dem Kollegen Urban von der Gewerkschaft HBV wurde abgeblasen und an ihrer Stelle eine Solidaritätsveranstaltung für Herbert Knapp mit Betriebsräten von Mannesmann gesetzt, die unter dem Motto "Innengewerkschaftliche Demokratie" stand.

Mit dieser Veranstaltung sollte auf den Fall Knapp und den gewerkschaftlichen Zustand aufmerksam gemacht werden, verbunden mit dem Problem "Abbau demokratischer Rechte im Betrieb" insgesamt.

Diese Veranstaltung konnte nur gegen größte Widerstände in Gewerkschaft und Partei über einen sogenannten Freundeskreis getragen werden. Die Redaktion der Zeitung VORAN hatte das Problem an den AK-Betriebe der Jusos in Aachen herangetragen. Dies brachte dann auch das Faß zum Überlaufen. Ehrenwerte Kollegen mußten sich als "Trotzkist" und "Sponti" beschimpfen lassen.

Aber was danach kam, nachdem Knapp aufgrund mangelnder Solidarität resignierte und die Großveranstaltung zum Klippen brachte, spottet jeder Beschreibung. Beschimpfungen und Rücktrittsforderungen waren an der Tagesordnung. Viele Kolleginnen und Kollegen zogen sich in ihr Schneckenhaus zurück, in dem sie bis zum heutigen Tag verbleiben. Der Arbeitskreis

briefe

LESER

Betrieb steht am Rande seiner Existenz.

Die Hetze auf Knapp wirkt sich im gesamten Bundesgebiet auch auf die zu ihm haltenden Kolleginnen und Kollegen aus. Von dieser Warte aus gesehen, hat der Rücktritt des Kollegen Knapp sich äußerst negativ auf die "linke Szene" ausgewirkt.

Hier muß etwas geschehen. Knapp hatte recht und hätte auch recht behalten. Er hat lediglich der großen Hatz, die gegen ihn veranstaltet wurde, nicht standgehalten. Es gibt allerdings viele "Knapps" und auch solche, die dem Druck von allen Seiten standhalten. Sie sind der Beweism da, daß es sich zu kämpfen lohnt, daß es gilt, aus den Schneckenhäusern herauszukommen und mitzukämpfen. Jetzt erst recht nicht ducken, sondern aufmucken!

Auch der Arbeitskreis Betrieb der Aachener Jusos muß in der Lage sein, einen Tiefschlag (unterhalb der politischen Gürtellinie) einstecken zu können, denn der Kampf wird für die sozialistische Demokratie geführt.

Manfred Engelhard, Aachen
ÖTV- und SPD-Mitglied
Personalratsvorsitzender Studentenwerk Aachen

Probleme einer unterentwickelten Gegend

Liebe Genossen!

Die neue Wirtschaftskrise in der BRD zeigt sich schon. Die Folge wird sein, daß die Werktätigen noch tiefer in die Tasche greifen müssen, daß der Reallohnabbau weiter voran getrieben wird, daß betriebliche Rechte weiter abgebaut werden.

Besonders drastisch werden die Folgen in den unterentwickelten Teilen der Bundesrepublik sein. Der nordhessische Landkreis Waldeck-Frankenberg ist ein typisches Beispiel hierfür.

In einer Gegend, wo es keine einheimische Industrie gibt, wo es seit Jahrhunderten nur Landwirtschaft und ein wenig Handwerk gibt, werden die Folgen einer Rezession für die lohnabhängige Bevölkerung besonders zu spüren sein.

Produktionsbetriebe, die sich hier im Lauf der Zeit ansiedelten, wie die Continental-Gummiwerke, Mauser-Stahlmöbel und die Correcta Werke sind nur Füllale. Die Hauptwerke liegen irgendwo anders. Der Hauptsitz der Continental-Werke ist z.B. in Hannover.

In Zeiten der Rezession ziehen die Unternehmer Geld aus den Betrieben. Dies ist am einfachsten dort zu machen, wo am wenigsten Widerstand zu erwarten ist. In Gebieten, wo kaum Beschäftigte in den Gewerkschaften sind, fällt ihnen dies am leichtesten.

Durch die im Moment wandelnde Bevölkerungsstruktur ist ein solches Vorgehen besonders fatal. In allen vorwiegend ländlich strukturierten Gebieten verändert sich die Struktur der Bevölkerung. Auch in Waldeck-Frankenberg verlassen immer mehr Jugendliche den elterlichen Hof und "versuchen ihr Glück" in der Ferne. Nach einer DGB-Studie verlassen ca. 1000 Jugendliche im Jahr den Landkreis. Die Folge ist, daß in ländlichen Gebieten nur Kinder und ältere Leute bleiben - dafür quellen die Städte über, die soziale Wohnungsnot verschärfen sich.

Den Unternehmern wird solches Vorgehen gegen die Werktätigen auch besonders leicht gemacht. Die SPD hat zwar in solchen Gebieten öfters eine geringe Mehrheit, aber das Klassenbewußtsein der arbeitenden Bevölkerung ist völlig "unterentwickelt", im Gegensatz zu großen Industriezentren.

Die gewerkschaftliche und politische Arbeit in solchen Gegenden muß aufgeholt werden, die Lohnabhängigen müssen aufmerksam gemacht werden, um einen gezielten Widerstand gegen die Unternehmer garantieren zu können.

Wolfgang Meier
Juso-Mitglied
Waldeck-Frankenberg

kampffonds

SPENDENKONTO:
Angela Bankert,
Pscha, Essen
2422 50-432

Unterstützt VORAN im Wahlkampf

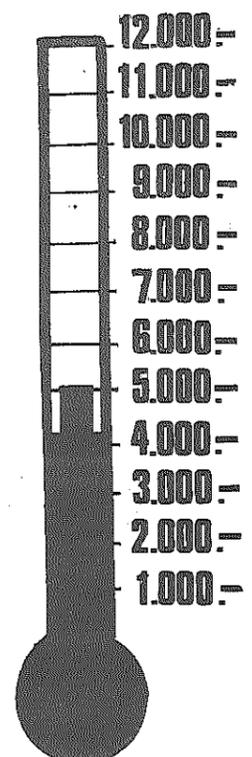
Das "Sommerloch" hat zwar auch etwas getroffen, aber längst nicht so hart wie in Vorjahren. Immerhin 834,13 DM wurden im Monat Juli für unsere Zeitung gespendet. Vielen Dank dafür, daß ihr uns trotz Urlaub nicht vergessen habt!

Unsere Schreibautomaten haben wir in zwischen dank Eurer Spenden ganz abbezahlen können. Jetzt geht's mit Riesenschritten auf den Kauf eines Überschriften-Setzgerätes zu. Wir sind also durch Eure Hilfe schuldfrei und mit einem kleinen Finanzpolster - gut für den Beginn des Wahlkampfes gerüstet.

Damit das auch so bleibt, bitten wir euch um verstärkte Spendenaktivitäten für unsere Zeitung während des Wahlkampfes, denn:

- VORAN kämpft gegen den Kandidaten des Großkapitals und seinen Wahlverein. Für die Unionsparteien und Strauß sind auf der anderen Seite die Blätter der bürgerlichen Presse mit ihren enormen Geldquellen angetreten. Wir haben (und wollen) keine solchen Geldgeber - wir sind auf Eure Spenden angewiesen.

- VORAN kämpft gegen die zweite Partei des Kapitals, die FDP, und ihre Vertreter in der Regierung. Die "Liberalen" werden von der kapitalistischen Presse gehätschelt, weil sie als Interessenvertreter des Kapitals in einer Koalition mit der SPD nützliche Dienste leisten. Leider wird sie auch



von der SPD-Führung geschont. Umso mehr muß ihre zwiespältige Rolle von uns kenntlich gemacht werden.

- VORAN kämpft für eine absolute Mehrheit der SPD. Wir lassen uns nicht einreden, dies sei eine Illusion. Wenn die SPD stärkste Fraktion wird und die FDP aus dem Parlament rausfliegt, wäre eine SPD-Alleinregierung schon möglich. Warum soll im Bund nicht gelingen, was in Nordrhein-Westfalen erreicht wurde?

- VORAN warnt aber davor, nach einem Wahlsieg die Regierungspolitik weiter wie bisher zu betreiben; nämlich als Krisenverwaltung des Kapitalismus. Wir kämpfen für ein sozialistisches Programm in der SPD. Jede andere Politik wird nur zum weiteren Abbau von Sozialleistungen, Rücknahme von Reformen und Angriffen auf den Lebensstandard der arbeitenden Bevölkerung führen.

Um unseren Wahlkampfbeitrag mit diesen Inhalten zu führen und in Zeitung und Flugblättern ansprechend zu veröffentlichen - dazu rechnen wir auf Eure finanzielle Unterstützung.

Kauft VORAN im Wahlkampf zum Solidaritätspreis von DM 1,20! Nehmt mehrere Ausgaben und verkauft sie weiter! Vor allem: greift bei Eurer nächsten (oder ersten?) Spende etwas tiefer in die Tasche. Jede Mark ist eine Mark gegen "FJS" und für ein sozialistisches Programm der SPD!

"Schwierige Zeiten" als Entschuldigung für Reformabbau?

KRITIK AM SPD-WAHLPROGRAMM

SPD-LINKE MUSS SOZIALISTISCHES PROGRAMM DURCHSETZEN

An anderer Stelle hat VORAN immer wieder begründet, warum wir für die Wahl der SPD eintreten und zu einer aktiven Mitarbeit zur Veränderung der Partei aufrufen. Diese positive Grundstellung darf aber eine ehrliche Auseinandersetzung mit dem SPD-Wahlprogramm "Sicherheit für Deutschland" nicht ausschließen. Nur durch offene Kritik kann eine Wandlung der Partei erreicht werden. Hier einige Gedanken dazu.

Der Hauptgesichtspunkt des Wahlprogramms ist die "Sicherheit des Friedens", außen- und innenpolitisch. Mit "Friedenssicherung in der Innenpolitik", ist die soziale Sicherheit der Bürger, der Umweltschutz und die Sicherung der Energieversorgung als Voraussetzung für alles andere gemeint.

Zunächst zur Außenpolitik: Zum Erhalt des Friedens plant die SPD die "weitere (?) Abrüstung zwischen Ost und West"; dabei wird z.B. ein Verbot "besonders grausamer Waffen" angestrebt. Das letztere ist nur ein Hinweis auf die Oberflächlichkeit und Ausschließlichkeit solcher Vorhaben! Ist es nicht gleich, mit welcher Waffe man ums Leben kommt? Ist eine Waffe nicht grausam gewesen? Solange es noch Waffen gibt, besteht die Möglichkeit eines Krieges!

Aber es wird nicht einmal die totale Entmilitarisierung als Ziel angegeben: So wird an anderer Stelle von der Wichtigkeit der "Abschreckung" gesprochen, von der Bundeswehr als "modern ausgerüsteter Streitmacht" und vom "militärischen Gleichgewicht zwischen Ost und West".

Unser Meinung nach kann es zu einer echten "Entspannung" und zu Frieden nie kommen, solange der Kapi-

talismus besteht. (siehe Artikel auf S. 1) Erst durch Sozialismus ist Friede weltweit erreichbar - aber die Möglichkeit des Sozialismus als Friedensmittel wird im Programm überhaupt nicht mehr erwähnt! Die Parole "Für ein sozialistisches Europa und für eine sozialistische Welt!" hätte hier stehen müssen! Dabei meinen wir einen Sozialismus ohne eine diktatorisch herrschende privilegierte Bürokratie (wie sie im "Sozialismus" des Ostblocks besteht).

Zur Friedenssicherung wird ferner die absolute Notwendigkeit der Entwicklung der Länder der Dritten Welt im Programm erwähnt. Unsere Sicherheit hinge davon ab, den "weltpolitischen Sprengstoff" dort zu löschen. Empfohlen wird, 0,7% des Brutto sozialprodukts dorthin abzugeben - mit der Begründung, damit letztlich auch "uns" zu dienen.

Das heißt doch im Klartext: Aus reinem Eigennutz wird versucht, diese Länder wirtschaftlich voranzutreiben, in der Hoffnung, daß später mit ihnen Handel getrieben und so der kapitalistische Markt erweitert werden kann.

Dies ist eine Illusion:

Es ist für die Dritte Welt unmöglich, noch einen blühenden Kapitalismus zu entwickeln. Es besteht bereits eine weltweite Arbeitsteilung und es gibt einige wenige hochindustrialisierte Länder, die die Märkte schon unter sich aufgeteilt haben. Sie werden es nicht zulassen, daß die gesamte Dritte Welt sich zu einem ernsthaften wirtschaftlichen Konkurrenten mausert. Um auf der Weltbühne des Kapitalismus noch einen Platz zu finden, ist es für die rückständigen Länder längst zu spät. Diese Länder können nur noch unter planwirtschaftlichen Bedingungen profitunabhängig eine Entwicklung ihrer Produktivkräfte erreichen. Dieser Prozeß hat in vielen dieser Länder in Form von Nationalisierungen schon stattgefunden, in anderen ist er im Gange.

hänger? Leider wenig Konkretes, aber viel Allgemeinplätze. Sie schlägt vor, die "Volkswirtschaft zu modernisieren". Sie will "die unternehmerischen Initiativkräfte bejahen und stärken"! Sie "setzt sich für eine konsequente Wettbewerbspolitik ein". Sie will die kleinen und mittleren Unternehmen fördern. Die Wirtschaft soll staatliche Hilfen empfangen.

Ist das Politik für Arbeitnehmer oder aber Mittelstandspolitik? Ist das ein Programm, mit dem man den im Godesberger Programm wenigstens noch erwähnten demokratischen Sozialismus erreichen kann? Kann so etwas überhaupt Erfolg haben? Und bedeutet die Förderung der kleinen und mittleren Unternehmen nicht das Zurück zum Kleinkapitalismus?

Mit so einer Politik wird die SPD selbst in die Lage kommen, Restriktionen durchzuführen, die sie zur Zeit noch weit von sich weist und der CDU/CSU nach einem Abbau der Staatsquote um ein Siebentel läuft im Ergebnis auf hinaus, den Sozialstaat zu demontieren. Die SPD lehnt eine solche Kapitulation des Staates vor seinen Aufgaben ab. Und: "Wir meinen, daß gerade in schwierigen Zeiten die Festigung der sozialen Sicherheit, mehr soziale Gerechtigkeit und mehr Beteiligung und Mitwirkung der Arbeitnehmer nötig sind".

Es ist richtig, daß gerade in schwierigen Zeiten soziale Sicherheit gebraucht wird, aber solche Zeiten zeichnen sich durch gerade durch deren Abbau aus! Das macht doch die schwierigen Zeiten aus!

Das Programm hat für den Fall, daß die oben angeführten Vorhaben keinen Erfolg haben, auch schon eine Entschuldigung bereit, nämlich:

1. Die schlechte weltpolitische Lage (wir sind keine Insel!)

2. Die Knappheit der Energieresourcen.

"Alle unsere politischen Vorhaben müssen in die jeweilige ökonomische Grundlage - besonders in die Lage der Staatsfinanzen - eingepaßt werden. Unter diesen Vorbehalten müssen wir unsere Politik stellen."

Und wenn die Staatsfinanzen schlecht sind, was im Rahmen einer sich zuspitzenden Krise sicher ist? Dann kann also nichts mehr von all den schönen Plänen verwirklicht werden? Da können wir halt auch nichts dran ändern!

Ist das nicht eine Bankrotterklärung des Reformismus, der die Möglichkeit von Reformen vom wirtschaftlichen Wohlergehen des Kapitalismus abhängig macht??



Für diese Ziele sollte die SPD materielle Hilfe anbieten und die revolutionären Befreiungsbewegungen bedingungslos unterstützen!

Zur "Sicherung des sozialen Friedens im Innern" zählt die SPD eine Menge guter Vorhaben auf. So wird u.a. folgendes gefordert: Paritätische Mitbestimmung, mehr Sicherheit am Arbeitsplatz, Senkung der Kosten im Gesundheitssystem, gerechte Rentenverteilung, verbesserter Umweltschutz, bessere Ausbildung, usw. usw. Das wichtigste Ziel der SPD aber sei weiterhin die Vollbeschäftigung.

Was bietet die SPD als Lösungsvorschlag an, um diese Reformen zu finan-

tionen durchzuführen, die sie zur Zeit noch weit von sich weist und der CDU/CSU nach einem Abbau der Staatsquote um ein Siebentel läuft im Ergebnis auf hinaus, den Sozialstaat zu demontieren. Die SPD lehnt eine solche Kapitulation des Staates vor seinen Aufgaben ab. Und: "Wir meinen, daß gerade in schwierigen Zeiten die Festigung der sozialen Sicherheit, mehr soziale Gerechtigkeit und mehr Beteiligung und Mitwirkung der Arbeitnehmer nötig sind".

Es ist richtig, daß gerade in schwierigen Zeiten soziale Sicherheit gebraucht wird, aber solche Zeiten zeichnen sich durch gerade durch deren Abbau aus! Das macht doch die schwierigen Zeiten aus!

Das Programm hat für den Fall, daß die oben angeführten Vorhaben keinen Erfolg haben, auch schon eine Entschuldigung bereit, nämlich:

1. Die schlechte weltpolitische Lage (wir sind keine Insel!)

2. Die Knappheit der Energieresourcen.

"Alle unsere politischen Vorhaben müssen in die jeweilige ökonomische Grundlage - besonders in die Lage der Staatsfinanzen - eingepaßt werden. Unter diesen Vorbehalten müssen wir unsere Politik stellen."

Und wenn die Staatsfinanzen schlecht sind, was im Rahmen einer sich zuspitzenden Krise sicher ist? Dann kann also nichts mehr von all den schönen Plänen verwirklicht werden? Da können wir halt auch nichts dran ändern!

Ist das nicht eine Bankrotterklärung des Reformismus, der die Möglichkeit von Reformen vom wirtschaftlichen Wohlergehen des Kapitalismus abhängig macht??

Nein, so geht es nicht! Muß eine Partei, die immer noch einen Sozialistischen Anspruch hat, nicht wenigstens in der Lage sein, die Krise des Kapitalismus zu erklären? Muß sie nicht Lösungsvorschläge anbieten, die den Kapitalismus mitsamt seinen Krisen abschaffen, die ein neues System anstreben, in dem alle oben angegebenen Ziele erreicht werden können? Auch das sparsame Umgehen mit der Energie und deren Verteilung ist nur in einer sozialistischen Planwirtschaft unter demokratischer Arbeiterkontrolle möglich.

Solche Ideen fordern wir von unserer Partei! Alle SPD-Linken sollten offensiv für ein sozialistisches SPD-Programm kämpfen; und um diese Ideen zu stärken, fordern wir alle Gleichdenkenden auf, sich zu unseren mit uns in der SPD solche Forderungen einzutreten!

Für eine absolute Mehrheit auf der Grundlage eines sozialistischen Programms!

nen sich doch gerade durch deren Abbau aus! Das macht doch die schwierigen Zeiten aus!

Das Programm hat für den Fall, daß die oben angeführten Vorhaben keinen Erfolg haben, auch schon eine Entschuldigung bereit, nämlich:

1. Die schlechte weltpolitische Lage (wir sind keine Insel!)

2. Die Knappheit der Energieresourcen.

"Alle unsere politischen Vorhaben müssen in die jeweilige ökonomische Grundlage - besonders in die Lage der Staatsfinanzen - eingepaßt werden. Unter diesen Vorbehalten müssen wir unsere Politik stellen."

Und wenn die Staatsfinanzen schlecht sind, was im Rahmen einer sich zuspitzenden Krise sicher ist? Dann kann also nichts mehr von all den schönen Plänen verwirklicht werden? Da können wir halt auch nichts dran ändern!

Ist das nicht eine Bankrotterklärung des Reformismus, der die Möglichkeit von Reformen vom wirtschaftlichen Wohlergehen des Kapitalismus abhängig macht??

Nein, so geht es nicht! Muß eine Partei, die immer noch einen Sozialistischen Anspruch hat, nicht wenigstens in der Lage sein, die Krise des Kapitalismus zu erklären? Muß sie nicht Lösungsvorschläge anbieten, die den Kapitalismus mitsamt seinen Krisen abschaffen, die ein neues System anstreben, in dem alle oben angegebenen Ziele erreicht werden können? Auch das sparsame Umgehen mit der Energie und deren Verteilung ist nur in einer sozialistischen Planwirtschaft unter demokratischer Arbeiterkontrolle möglich.

Solche Ideen fordern wir von unserer Partei! Alle SPD-Linken sollten offensiv für ein sozialistisches SPD-Programm kämpfen; und um diese Ideen zu stärken, fordern wir alle Gleichdenkenden auf, sich zu unseren mit uns in der SPD solche Forderungen einzutreten!

Für eine absolute Mehrheit auf der Grundlage eines sozialistischen Programms!

Für eine absolute Mehrheit auf der Grundlage eines sozialistischen Programms!

Für eine absolute Mehrheit auf der Grundlage eines sozialistischen Programms!

Für eine absolute Mehrheit auf der Grundlage eines sozialistischen Programms!

Für eine absolute Mehrheit auf der Grundlage eines sozialistischen Programms!

Für eine absolute Mehrheit auf der Grundlage eines sozialistischen Programms!

Für eine absolute Mehrheit auf der Grundlage eines sozialistischen Programms!

Für eine absolute Mehrheit auf der Grundlage eines sozialistischen Programms!

Für eine absolute Mehrheit auf der Grundlage eines sozialistischen Programms!

Für eine absolute Mehrheit auf der Grundlage eines sozialistischen Programms!

Für eine absolute Mehrheit auf der Grundlage eines sozialistischen Programms!

Für eine absolute Mehrheit auf der Grundlage eines sozialistischen Programms!

Für eine absolute Mehrheit auf der Grundlage eines sozialistischen Programms!

Für eine absolute Mehrheit auf der Grundlage eines sozialistischen Programms!

Für eine absolute Mehrheit auf der Grundlage eines sozialistischen Programms!

Für eine absolute Mehrheit auf der Grundlage eines sozialistischen Programms!

Für eine absolute Mehrheit auf der Grundlage eines sozialistischen Programms!

Für eine absolute Mehrheit auf der Grundlage eines sozialistischen Programms!

Für eine absolute Mehrheit auf der Grundlage eines sozialistischen Programms!

Für eine absolute Mehrheit auf der Grundlage eines sozialistischen Programms!

Für eine absolute Mehrheit auf der Grundlage eines sozialistischen Programms!

Für eine absolute Mehrheit auf der Grundlage eines sozialistischen Programms!

Für eine absolute Mehrheit auf der Grundlage eines sozialistischen Programms!

Für eine absolute Mehrheit auf der Grundlage eines sozialistischen Programms!

Für eine absolute Mehrheit auf der Grundlage eines sozialistischen Programms!

Für eine absolute Mehrheit auf der Grundlage eines sozialistischen Programms!

Für eine absolute Mehrheit auf der Grundlage eines sozialistischen Programms!

Für eine absolute Mehrheit auf der Grundlage eines sozialistischen Programms!

Für eine absolute Mehrheit auf der Grundlage eines sozialistischen Programms!

Für eine absolute Mehrheit auf der Grundlage eines sozialistischen Programms!

Für eine absolute Mehrheit auf der Grundlage eines sozialistischen Programms!

„DIE GRÜNEN“ IN AUFLÖSUNG

KEINE WÄHLBARE ALTERNATIVE FÜR ARBEITER UND JUGENDLICHE

Die Risse in der neuesten Klempartei "Die Grünen" werden immer größer. Sie ist in Auflösung begriffen. Bei den Bundestagswahlen hat sie keine Chancen. Im schlimmsten Fall kann sie Franz-Josef Strauß & Co. zur Macht verhelfen, indem sie der SPD viele Stimmen unzufriedener Jugendlicher und Stammwähler wegnimmt.

Die Risse in der neuesten Klempartei "Die Grünen" werden immer größer. Sie ist in Auflösung begriffen. Bei den Bundestagswahlen hat sie keine Chancen. Im schlimmsten Fall kann sie Franz-Josef Strauß & Co. zur Macht verhelfen, indem sie der SPD viele Stimmen unzufriedener Jugendlicher und Stammwähler wegnimmt.

Vor allem nach ihrem Dortmunder Parteitag im Juni haben die Auflösungserscheinungen in diesem bizarren Sammelbecken konservativer Umweltschützer, ehemaliger Linksektierer, frustrierter Jusos und alter Nazi-Mitläufer zugenommen. Der Parteitag selbst lief ziemlich chaotisch ab: Drohungen mit Spaltung (falls dieser oder jener Antrag nicht angenommen würde), separate Pressekonferenzen (in einem wohlweislich schon Wochen vorher angemieteten teuren Nebensaal!), Auszug aus der Parteitagshalle (nach einer Abstimmungsniederlage) und spontane Austritte (nachdem die Vorstandswahlen nicht wie gewünscht gelaufen waren) jagten einander.

Der rechte Flügel schien von der vielbeschwerenen "Basisdemokratie" die Nase schnell voll zu haben, nachdem er seinen Willen nicht durchsetzen konnte. Die Gruppe um Herbert Gruhl (Bundestagsabgeordneter, ex-CDU), Baldur Springmann ("Öko-Bauer"), Heinz Brandt (ex-Redakteur der IGM-Zeitung "metall") und Olaf Dinné (grüner Bürgerchaftsabgeordneter in Bremen, ex-SPD) wollte unbedingt, daß das auf dem vorhergehenden Saarbrücker Parteitag mit Mehrheit beschlossene Bundesprogramm für ungültig erklärt wird. Da es ihnen "zu links" zu einseitig und zu wenig ökologisch war, sollte es zu einer "innerparteilichen Materialiensammlung" abgestuft werden.

Chaotische Abstimmungen

Dem mochte die Mehrheit nicht folgen; schließlich war es schon als teure 48seitige Broschüre fertig gedruckt und veröffentlicht. Dafür wurde ein Kompromiß angeboten nach dem Motto: "Machen wir halt was Neues, und das wir uns alle einigen können und

nennen es "Wahlplattform". Schön und gut, eine "Wahlplattform" wurde im Vorfeld des Parteitages in wochenlanger Kleinarbeit zusammengeklüffelt, durch eine von allen Fraktionen gebildete "Programmkommission". Als dies geschafft war, waren alle froh! Klar, daß da auf dem Parteitag nichts mehr daran geändert werden durfte, bei aller "Basisdemokratie", sonst wäre ja die "Konsensfähigkeit" des Papiers gefährdet gewesen!

Debattiert wurde die Wahlplattform auf dem Parteitag inhaltlich also nicht mehr. Dafür wurde abgestimmt, daß es eine wahre Pracht war! In 8 Stunden 121 Abstimmungen, also alle vier Minuten eine. Und das ging so:

1. Delegierter: "Ich möchte folgenden Änderungsantrag stellen..."

2. Delegierter: "Ich stelle den Antrag auf Nichtbefassung des Änderungsantrages..."

3. Delegierter: "Ich möchte mich gegen den Antrag meines Vorredners aussprechen..."

(1.) Abstimmung; man will sich damit befassen

4. Delegierter: "Ich beantrage, daß wir sofort und ohne Debatte über den Änderungsantrag abstimmen..."

5. Delegierter: "Formale Gegenrede gegen den Antrag meines Vorredners!"

(2.) Abstimmung; darüber, ob man sofort über den Änderungsantrag abstimmen will oder nicht; man will. Also - (3.) Abstimmung; nun endlich über den eigentlichen Änderungsantrag. Meist wird dieser abgelehnt.

Bei jedem einzelnen Abschnitt kam diese Prozedur zustande. Zum Schluß wurde allerdings das Gesamtpapier mit großer Mehrheit angenommen - alles atmete auf, die Mausecheln hatten sich scheinbar gelohnt...

Welch eine Enttäuschung für die Rechten, daß ihr Matador Gruhl nicht als Nachfolger für August Haußleiter in den Bundesvorstand gewählt wurde! Anlaß genug für sie, den Parteitag zu verlassen, nachdem man auf einer Pressekonferenz erklärt hatte, die "Grünen" bei den Bundestagswahlen nicht mehr zu unterstützen.

August Haußleiter (ex-Mitglied der

"Aktionsgemeinschaft Unabhängiger Deutscher") war zurückgetreten, nachdem er wegen seiner Vergangenheit im Nazi-Deutschland unter heftigen öffentlichen Beschuß geraten war. In seiner Rücktrittsrede sprach er von "schwerwiegenden Fehlern und Irrtümern", die er begangen habe.

Kein klares Programm

Die beschlossene Wahlplattform selbst zeichnet sich durch Gummi-Formulierungen und Wischi-Waschi-Inhalte aus - ein Sammelsurium von Widersprüchen und Unklarheiten.

Ein Beispiel: "35-Stunden-Woche bei vollem Lohnausgleich" ist eine klare Forderung. Die Stahlarbeiter haben dafür sechs Wochen gestreikt. Die "Grünen" machten daraus den schwammigen Satz: "Verkürzung der Arbeitszeit (35-Stunden-Woche) ohne materielle Einbußen gerade der unteren Einkommen". Glauben sie ernsthaft, damit aktive Gewerkschafter und Arbeiter als Wähler (oder gar Mitglieder) gewinnen zu können?!

Bei den letzten Landtagswahlen haben sie ohnehin schon einige Dämpfer bekommen. Im Oktober werden wohl verschiedene "grüne" Gruppierungen zur Wahl stehen, nachdem Gruhl, Dinné, Springmann, Brandt und andere Prominenz die Partei bereits verlassen haben.

Solche "Grünen" dürfen für keinen Jugendlichen eine Alternative bei den Wahlen sein! Umweltschutz ist lebenswichtig. Wer es damit ernst meint, der muß sich engagieren. Der Kampf für eine saubere Umwelt, der sich gegen die Umweltverschmutzer richtet: gegen die Großkonzerne und gegen das kapitalistische Profitsystem. Sonst werden keine entscheidenden Änderungen erfolgen. Nur in einer umfassend geplanten Produktionsweise, unter demokratischer Arbeiterkontrolle und -verwaltung, in einer sozialistischen Gesellschaft (wo Bedürfnisse, nicht Profit zählen), lassen sich die Umweltprobleme in den Griff kriegen. Und wo sonst außer bei den Jusos und auf dem linken Flügel der SPD kann man für eine solche Gesellschaft aussichtsreich kämpfen?

Kurt Pfeifle
SPD-Mitglied
Remscheid

Das gefiel dem Grafen:

FLEISSIGE JAPANISCHE ARBEITER

„Faule“ Deutsche müssen FDP rauswählen

Deutsche Arbeiter, jetzt wißt ihr also Bescheid: Ihr seid faul, feiert zu oft krank, arbeitet nicht einfallsreich genug und überhaupt geht's euch viel zu gut. Der Graf und Minister hat gesprochen.

Seit Lambsdorff (FDP) in Japan war, hat er ganz neue Perspektiven entdeckt: eine Arbeiterschaft,

- die sich bei etwa gleich hohen Lebenshaltungskosten mit viel niedrigerem Lohn zu begnügen hat;
- die durchschnittlich nur 6 Tage Urlaub im Jahr nimmt;
- die zu 2/3 ohne festes Anstellungsverhältnis arbeitet und in ständiger Angst vor sofortiger Entlassung lebt.

Das gefiel dem Grafen außerordentlich.

Wenngleich er selbst sicher nicht für einen Hungerlohn arbeiten, nur 6 Tage Urlaub von seinem anstrengenden Politiker-Leben nehmen und auf sein festes Dienstverhältnis als Minister verzichten wollte (Letzteres wäre vielleicht keine so schlechte Idee).

Aber diese Roskur für die Deutschen ist ja auch nicht für ihn selbst und seinesgleichen gedacht - sie ist nur an die Arbeiter zur Nachahmung empfohlen.

Doch wie sieht es wirklich aus? In den letzten beiden Jahrzehnten ist die Arbeitsproduktivität um ein Mehrfaches gestiegen, allein in den Jahren 1973-79 um rund 30%. Und was den Einfallsreichtum der Arbeiter und Angestellten angeht, so sei hier nur darauf verwiesen, daß 95% aller betrieblich genutzten Erfindungen und Verbesserungen auf Arbeitnehmer-Erfindungen zurückgehen!

Jahrelang hat man den Fleiß und Arbeitseinsatz der deutschen Arbeiter in den Himmel gelobt. Das soll jetzt alles nicht mehr wahr sein? Was steckt dahinter?

Lambsdorff sagt, er wolle "auf Gefährdungen aufmerksam...machen, und zwar nicht erst dann, wenn das Kind in den Brunnen gefallen ist, wenn wir uns

mit den Arbeitslosen beschäftigten müssen, wenn wir Arbeitslosenunterstützung zu zahlen haben und das große Wehklagen ausbricht." (FR vom 26.7.80)

Mit anderen Worten: die von Lambsdorff aufgezeigten "Gefährdungen" (angeblich mangelnde Arbeitsbereitschaft usw.) führen zu Krise und Arbeitslosigkeit, wenn man seinen Rezepten nicht folgt.

Hier liegt des Pudels Kern. Die Arbeiter sollen für die Krise des Kapitalismus verantwortlich gemacht werden! Der Graf bereitet schon mal den propagandistischen Boden für die nächste Arbeitslosen-Welle vor: die Arbeiter sind selbst dran schuld.

Und das Rezept hat er auch schon parat: die Arbeiter sollen "japanische Verhältnisse" akzeptieren, damit die "internationale Wettbewerbsfähigkeit" der Unternehmer-Profite wiederhergestellt wird.

Um den wettbewerbsgeplagten Unternehmern ein Trostpflaster zu verpassen, haben Lambsdorff und seine Partei den Zustand zementiert, daß Frauen für gleiche Arbeit möglichst nicht den gleichen Lohn erhalten wie ihre männlichen Kollegen. Das Gesetz zur Gleichstellung der Frau, das kürzlich im Bundestag verabschiedet wurde, sah ursprünglich vor, daß die Arbeitgeber beweisen müssen, ob Frauen "minderwertiger" arbeiten und deshalb weniger verdienen.

Die FDP sorgte in der Koalition dafür, daß die Beweislast umgedreht wurde: jetzt müssen die Frauen beweisen, daß sie ungerecht entlohnt werden! Die Unternehmer sind also dank der FDP nochmal mit einem blauen Auge davon gekommen, denn dieser Beweis wird wohl den wenigsten Frauen gelingen - zumal ihnen die Unternehmer wohl kaum die dazu nötigen Unterlagen zu Verfügung stellen werden.

Einige gute Gründe mehr für Arbeiter und Arbeiterinnen, ihre Stimme nicht an die FDP zu verschwenden!

* Die FDP muß aus dem Bundestag raus!

Der Mannesmann-Vorstand hat mit seinem Angriff auf die Montanmitbestimmung die Diskussion über dieses Thema von neuem entfacht. Sozialisten werden in ihrer Gewerkschaftsarbeit immer wieder mit der Forderung nach paritätischer Mitbestimmung konfrontiert. Viele Linke unterstützen daher auch kritiklos die Position der DGB-Spitze, aus Überzeugung oder Angst, sich von den Kollegen zu isolieren. Sozialisten müssen zu dieser Frage offizieller Gewerkschaftspolitik eine klare Stellung beziehen. Die Geschichte der Arbeiterbewegung gibt uns hierzu wichtige Hilfen. - Nachfolgender Artikel wurde bereits vor eineinhalb Jahren geschrieben. Der Autor ist Karl Hermann Weber. Die neueste Affäre um die Montanmitbestimmung beweist, was eine seiner Schlußfolgerungen schon damals besagte: die Unternehmer werden auf die "Sozialpartnerschaft" (und damit auf die Mitbestimmung) pfeifen, sobald sie ihnen für ihre Zwecke nicht mehr tauglich erscheint. . .

EIN MITTEL GEGEN SOZIALISIERUNGSFORDERUNGEN

GESCHICHTE DER MITBESTIMMUNG

WAS WIR AUS DEN ERFAHRUNGEN LERNEN KÖNNEN

Grundsatzziele

Ganz im Gegensatz zum Eindruck, den die Organisationen der Arbeiterklasse, SPD und Gewerkschaften heute dem jungen Kollegen vermitteln, der ihnen beiträgt, hat die Arbeiterbewegung durchaus ein politisches Ziel: die Abschaffung des Kapitalismus mit all seinen ihm eigenen Widersprüchen und sozialen Ungerechtigkeiten und den Aufbau einer weltweiten, neuen, klassenlosen Gesellschaft ohne Hunger, Not und Armut.

Das im Jahre 1891 in Erfurt beschlossene Programm der Sozialdemokratischen Partei Deutschlands stellt dies fest: "Nur die Verwandlung des kapitalistischen Privateigentums an Produktionsmittel - Grund und Boden, Gruben und Bergwerke, Rohstoffe, Werkzeuge, Maschinen, Verkehrsmittel - in gesellschaftliches Eigentum und die Umwandlung der Warenproduktion in sozialistische, für und durch die Gesellschaft betriebene Produktion kann es bewirken, daß der Großbetrieb und die stets wachsende Ertragsfähigkeit der gesellschaftlichen Arbeit für die bisher ausgebeuteten Klassen aus einer Quelle des Elends und der Unterdrückung zu einer Quelle der höchsten Wohlfahrt und allseitiger harmonischer Vervollkommnung werde".

Unter dieser Zielsetzung ist die Arbeiterbewegung angetreten. Ihr historisches Ziel ist die Erreichung des Sozialismus. Alle Programmpunkte der Arbeiterbewegung, also auch die Mitbestimmung, müssen sich daran messen lassen, ob sie diesem Ziel nützen oder ihm entgegenstehen.

Reformismus

Auf dem oben zitierten Erfurter

Parteitag der SPD konnten sich die marxistischen Kräfte noch einmal durchsetzen. Aber in der politischen Praxis, vor allem in der SPD-Reichstagsfraktion und den Gewerkschaften, bestimmten bereits andere Kräfte die Politik. Sie erkannten in Worten zwar die revolutionären Ziele und die revolutionäre Taktik an. Tatsächlich betrieben sie aber eine Politik, die auf eine Eingliederung der Arbeiterbewegung ins kapitalistische System hinauslief. Repräsentant dieser Tendenz war z.B. Eduard Bernstein, der Begründer des "Revisionismus", einer Theorie, die beanspruchte, wesentliche Teile des Marxschen Denkens "korrigiert" zu haben. Andere Repräsentanten waren Gewerkschaftsführer wie Karl Legien.

Bürokratie in den Arbeiterorganisationen

Wie kam es zu der von Parteitagsschluß und Programmen so abweichenden politischen Praxis? In den Jahren zwischen 1871 und 1914 vollzog sich auch in Deutschland der Übergang vom Kapitalismus der freien Konkurrenz vieler kleiner Unternehmer zur Konzentration des Kapitals in wenigen Händen. Unter anderem hatte dies die Herausbildung einer Schicht zur Folge, die Lenin "Arbeiteraristokratie" nennt. Diese Schicht wird zwecks Spaltung der Arbeiterklasse mit höheren Löhnen, werkeigenen Wohnungen usw. seitens der Unternehmer bestochen. Zu dieser Schicht kommen ins Proletariat hinabgerutschte Kleinbürger hinzu, die zwar gezwungen sind, ihre Arbeitskraft gegen Lohn zu verkaufen, die Hoffnung auf einen Wiederaufstieg aus der Arbeiterklasse jedoch noch nicht aufgegeben haben.

Die Organisationen der Arbeiterklasse selbst wurden zu großen bürokrati-

tischen Apparaten, die einigen Funktionären gute Karrieren, bequeme Pöstchen und beträchtliche Privilegien boten. Diese Funktionäre waren daher mehr an der Fortdauer ihres relativ sicheren und privilegierten Jobs interessiert als am Klassenkampf, der ihre Positionen möglicherweise gefährden würde. Diese Schicht wird als "Arbeiterbürokratie" bezeichnet.

Arbeiterbürokratie und Arbeiteraristokratie sind also Schichten, die sich schon innerhalb des kapitalistischen Systems einen warmen Nistplatz ergattert haben. Sie sind die gesellschaftlichen Träger des Reformismus. Wie sagte doch der Chefdenker der Reformisten, Eduard Bernstein? "Die Bewegung ist alles, das Endziel nichts". Der Sinn dieses Zitats wird erst so richtig deutlich, wenn man sich überlegt, was für die reformistischen Kräfte die Bewegung ist: nämlich Partei und Gewerkschaften, die ihren treuen Funktionären einen lebenslangen, sicheren und gutbezahlten Arbeitsplatz bieten und gar nicht daran denken, sich in "revolutionäre Abenteuer" zu stürzen.

Verrat in der Kriegfrage

Wie sehr sich die reformistische Tendenz innerhalb der Arbeiterbewegung mit dem bestehenden kapitalistischen System abgefunden und darin gemütlich eingerichtet hatte, wurde im August 1914 deutlich: die Gewerkschaftsführung beschloß den Abbruch aller Streiks und Lohnverhandlungen, und die SPD-Reichstagsfraktion stimmte mit großer Mehrheit den Kriegskrediten für die herrschende Klasse zu. Für den Staat des wilhelminischen Kaiserreichs galt nicht mehr die Parole August Bebel's: "Diesem System keinen Mann und keinen Groschen". Es galt nunmehr als verteidigungswertes "Vaterland". Die

SPD machte deutlich, wie sehr sie die marxistische Staatstheorie, nach der der Staat immer das Instrument der herrschenden Klasse ist, vergessen hatte und in den reformistischen Sumpf geraten war.

Diese Abweichung von der marxistischen Staatstheorie und die daraus folgende Katastrophe zeigt deutlich, daß theoretische Fragen keine Spielerei für Akademiker sind, sondern für die Arbeiterbewegung Sein oder Nichtsein bedeuten können.

Im folgenden Ersten Weltkrieg starben die Arbeiter der verschiedenen Länder für die höheren Profite ihrer jeweiligen nationalen Bourgeoisie nicht nur mit dem Segen der Kirche, sondern auch mit dem der internationalen Sozialdemokratie, die natürlich mit dem Ausbruch des Krieges ihren internatio-

gemeinschaften in den einzelnen Industrien, Branchen und Bezirken."

Hier wird deutlich: Nicht der Sturz der Herrschenden, nicht die Enteignung der superreichen Kapitalisten, nicht die Verstaatlichung der Monopole unter Kontrolle und Verwaltung der Arbeiter (wie es die Rätebewegung forderte), sondern die Idee der Gleichberechtigung von Kapital und Arbeit auf der Grundlage des Privatbesitzes an Produktionsmitteln ist der Ausgangspunkt des Denkens und Handelns des Reformismus.

Paritätische Mitbestimmung der Gewerkschaften auf der Ebene der Wirtschaftspolitik wurde also schon 1918/19 verlangt. Dabei handelte es sich um die Zusammenarbeit von Funktionären der Gewerkschaftsspitze mit den Unternehmern.

Von den Arbeitern im Betrieb komm-



nalen Charakter ebenfalls "vergessen" hatte.

Arbeitsgemeinschaft mit Unternehmern

Um die Gewerkschaften noch lückenloser in den Dienst des imperialistischen Kriegs zu stellen, wurden sie 1916 zum ersten Mal als gesetzliche Vertreter der Arbeiter anerkannt. Im Krieg begannen auch die Verhandlungen zwischen den Gewerkschaften und der Großindustrie, um zu einer "Arbeitsgemeinschaft" zu kommen. Hier liegen die Ursprünge der Partnerschaftsideologie, die von den Unternehmern heute immer dann bemüht wird, wenn die Arbeiter Opfer bringen sollen.

Die Zentralarbeitsgemeinschaft zwischen Unternehmern und Gewerkschaften wurde im Revolutionsjahr 1918 beschlossen, als die Unternehmer nicht nur um Teile ihrer wirtschaftlichen und politischen Macht, sondern um ihre Klassenherrschaft und Existenz als Klasse überhaupt fürchten mußten. Natürlich zeigte sie sich in einer solch gefährlichen Situation kompromißbereit. Sie "gewährten" die Anerkennung der Koalitionsfreiheit, die Tarifautonomie, den 8-Stunden-Tag usw.

Damit erreichten die Gewerkschaften die Gleichstellung mit den Unternehmern in einer revolutionären Situation, in der eigentlich die Machtfrage zugunsten der Arbeiterklasse hätte entschieden werden müssen. Jedoch fehlte es an einer revolutionären Partei mit einem klaren Programm.

Die Gewerkschaftsführer begnügten sich mit der Mitsprache in wirtschaftlichen Fragen. Legien stellte zur Arbeitsgemeinschaft mit dem Klassengegenner fest: "... sie erstreckt sich auf gemeinsame Beratung aller wirtschaftlichen und sozialpolitischen Fragen." Sein Kollege Leipart ergänzte: "... Es war die Absicht, das ganze Erwerbsleben Deutschlands in dieser Arbeitsgemeinschaft zu vereinheitlichen und durch sie einen bestimmenden und heilvollen Einfluß auf das Wirtschaftsleben auszuüben."

Das "Korrespondenzblatt der Generalkommission der Gewerkschaften" schrieb 1919: "Dieser Vertrag (die Zentralarbeitsgemeinschaft) sichert die Durchführung der Übergangswirtschaft, die eine Lebensfrage für das ganze deutsche Volk ist, durch eine Zentralarbeitsgemeinschaft aller Arbeitgeber- und Arbeitnehmerverbände, mit Arbeits-

ten diese Funktionäre nicht kontrolliert werden. Fehlende Kontrolle und Anbindung an die einfachen Kollegen fördert natürlich die Kompromißbereitschaft der Arbeitervertreter gegenüber den Wünschen der Unternehmer. Die völlige Entfremdung von der Lage der Kollegen in den Betrieben war nur eine Frage der Zeit.

Zerschlagung der Arbeiterräte

Gewerkschaften und SPD setzten auf die Zusammenarbeit mit den alten Mächten Bourgeoisie, staatliche Bürokratie, Polizei und Militär. Sie versagten sich einem radikalen Neuanfang auf der Grundlage der Sozialisierung der Industrie und der Zerschlagung des alten militärischen Staatsapparates. Wenn schon nicht der Staatsapparat zerschlagen werden sollte, dann doch wenigstens die Rätebewegung, schienen sich die führenden Sozialdemokraten um Ebert, Noske und Scheidemann zu sagen. Mit Hilfe der übelsten Banditen, der "Freikorps", aus denen später die Kader der faschistischen Bewegung hervorgehen sollten, zerschlugen die Reformisten die Rätebewegung, die genau diejenigen sozialistischen Traditionen verkörperte, die in den programmatischen Erklärungen der Sozialdemokratie des 19. Jahrhunderts enthalten waren.

Die Strafe folgte auf dem Fuße: Nachdem die Rätebewegung beseitigt worden und so die Gefahr von Verstaatlichungen für die Unternehmer vorerst gebannt war, erhielten die Gewerkschaften von ihren "Sozialpartnern" die Quittung für ihr verantwortungsbehaftetes Verhalten dem Kapital gegenüber während der Revolution. Die Unternehmer zeigten sich absolut nicht "dankbar" für die Dienste der reformistischen Gewerkschaftsführung und offenbarten zynisch, daß die Gewerkschaften zur Disziplinierung der Arbeiterklasse nicht mehr gebraucht wurden.

Rücknahme der Zugeständnisse

Der Abbau der 1918/19 herausgeholt "Zugeständnisse" erfolgte Schlag auf Schlag: - 1923: Aufhebung des 8-Stunden-Tages; - 1924: Austritt der Unternehmer aus der zentralen Arbeitsgemeinschaft; - später gegen Ende der Weimarer Republik sollten auch noch die Tarifautonomie und die Koalitionsfreiheit angegriffen werden. Damit war der Traum von der part-

UNTERNEHMER ZUFRIEDEN MIT DER MITBESTIMMUNG

Wenn man die Wirksamkeit der Mitbestimmung im Montanbereich beurteilen will, so muß man untersuchen, ob die Mitbestimmung beispielsweise bei Schließungen von Zechen eine Rolle gespielt hat. Diese Frage kann weitgehend mit "nein" beantwortet werden, da auch hier das letzte Wort nicht in den mitbestimmten Aufsichtsräten gesprochen wurde, sondern in den Gremien der Kapital-eigner.

Die Arbeitnehmervertreter durften dann anschließend die Stillelegung mit den damit verbundenen Entlassungen der Belegschaft gegenüber vertreten und rechtfertigen. Wenn aber Stillelegungen im Aufsichtsrat zur Abstimmung kamen, waren dort in der Regel Einigungen zu verzeichnen.

Lassen wir einen Experten der Kapitalseite ein Urteil über die Montanmitbestimmung abgeben. Herr Abs, ehemaliger Großbankier und Aufsichtsratsmitglied vieler Konzerne sagt: "Auf Grund der bisher mit ihr gemachten Erfahrungen möchte ich in ihr einen echten Erfolg sehen. Sie wird sich ... auch in Zukunft bewähren, sofern sich nur die Sozialpartner wie bisher um eine loyale Zusammenarbeit bemühen und jeder bereit ist, dem anderen zu geben, was ihm gebührt."

Dies sei jedem Befürworter der Mitbestimmung auf Gewerkschaftsseite ins Stammbuch geschrieben.

Die Gewerkschaftsführungen sahen die Erfahrungen der Mitbestimmung im Montanbereich durchweg positiv und versuchten, dieses Modell auf alle übrigen Großbetriebe zu übertragen. Ohne Erfolg, denn 1976 trat das von der sozial-liberalen Bun-

desregierung mit Stimmen der CDU/CSU verabschiedete Mitbestimmungsgesetz in Kraft.

Hatten die Unternehmer nach 1945 den Gewerkschaften von sich aus die Mitbestimmung angeboten, um Sozialisierung und Entflechtung zu verhindern, waren sie nach ihrer Wiedererstarkung nicht bereit, die unter den Besatzungsmächten eingerichtete Mitbestimmung künftig auch als "deutsches Recht" zu akzeptieren.

Verfassungsklage der Unternehmer

Obwohl die 1976 in Kraft getretene Mitbestimmung an den Machtverhältnissen in der Industrie nichts ändert, haben einige Unternehmer gegen dieses Gesetz Verfassungsklage angestrengt (und verloren). Den Unternehmern ging es bei dieser Klage gar nicht um das Mitbestimmungsgesetz. Es war ein Versuch, die Arbeiterbewegung überhaupt einzuschüchtern und jeglichen Reformwunsch in die Zone der Verfassungsfeindlichkeit zu drängen. Den Arbeitern und ihren Gewerkschaften sollte deutlich gemacht werden: "Bis hierher - und keinen Schritt weiter! Mitbestimmung mag ja noch angehen. Aber das Eigentum an Produktionsmitteln ist unverletzlich und unterliegt allein der Kontrolle durch die Kapitaleigner. Basta!"

Das Gericht aber erkannte wohl, daß dieses Gesetz sehr wohl im Interesse des Kapitals liegt, weil es die bestehenden Machtverhältnisse nicht berührt, wohl aber erneut Arbeitervertreter in die Verantwortung für "ihre" Betriebe einspannt. Der Bochumer

Katholikentag verabschiedete bereits 1949 eine Resolution, in der es heißt: "Das Mitbestimmungsrecht gehört zu dem natürlichen Recht in gottgewollter Ordnung und ist zu bejahen wie das Recht auf Eigentum." Na bitte, jetzt soll keiner kommen und behaupten, unsere Verfassungsrichter seien keine traditionsbewußten Leute.

Arbeit und Kapital - unversöhnlicher Gegensatz!

Der Grundgedanke der Mitbestimmung ist die Gleichberechtigung von Kapital und Arbeit, die Sozialpartnerschaft im Wirtschaftsprozeß, aus der sich die paritätische Aufsicht über die Betriebe ableitet. Für Marxisten ist diese Annahme falsch. Es kann keine Gleichberechtigung zwischen Kapital und Arbeit geben, weil jedes Kapital letztlich durch Arbeit entstanden ist, und zwar keineswegs durch Arbeit der Kapital-eigner, wie uns die bürgerliche Propaganda weismachen will, sondern allein durch die Arbeit der Lohnabhängigen. Die Kapitalisten haben Kapital, weil sie sich den von der Arbeiterklasse produzierten Mehrwert, das heißt die unbezahlte Mehrarbeit der Arbeiter, angeeignet haben. Ihre Verfügbarkeit über Kapital gründet sich allein auf die durch den Staat garantierten Machtverhältnisse und dem Wirken bürgerlicher Propaganda in den Köpfen der Arbeiter.

Aus diesem wirtschaftlichen Grund Sachverhalt kann die Forderung nicht Mitbestimmung, sondern nur Alleinbestimmung heißen.

Mitbestimmung als Zwischenschritt?

Kann die Mitbestimmung ein Zwischenschritt auf dem Weg zur Alleinbestimmung, d. h. zur vergesellschafteten Industrie unter Kontrolle und Leitung der Arbeiterklasse sein?

Mitbestimmung und die Traditionen der Wirtschaftsdemokratie, in der sie steht, war niemals von ihren Vertretern als Zwischenziel auf dem Weg in den Sozialismus gesehen, sondern als Ziel an sich. Daß Mitbestimmung als Etappenziel völlig untauglich ist, ergibt sich aus dem Zwang für die Arbeitervertreter, für den kapitalistischen Wirtschaftsprozess Mitverantwortung zu übernehmen.

Das heißt:
- Unterwerfen unter die Logik der Profitwirtschaft, die noch nie Rücksicht auf die Bedürfnisse der

Arbeiter genommen hat;
- Zwang zur Mitverantwortung in Wirtschaftskrisen, was auf ein Ja zu Lohninbußen und Entlassungen hinauslaufen muß;
- Zwang zum Ausgleich nicht zu vereinbarenden Interessen (der Arbeiter ist an hohen Löhnen und der Sicherung seines Arbeitsplatzes interessiert, der Unternehmer an hohen Profiten und Rationalisierungen).

Die Stellungnahme der zweitgrößten französischen Gewerkschaft CFTD zur Mitbestimmung bringt die Kritik auf einen Nenner: "Wir lassen uns durch Mitbestimmungs- oder Mit-aufsichtsprojekte nicht in das kapitalistische System integrieren."

nerschaftlichen Ehe zwischen Kapital und Arbeit vorerst ausgeträumt. Die Gewerkschaftsführer weigerten sich aber, aus diesen Tatsachen die notwendigen Schlüsse zu ziehen: nämlich die Zusammenarbeit zwischen den Klassen aufzugeben und eine Politik auf marxistischer Grundlage zu beginnen. Sie strebten weiterhin ein für sie bequemes Kuschelplätzchen im Klassensystem an...

Der wirtschaftliche Aufschwung ab 1924 veranlaßte Gewerkschaften und SPD zu glauben, daß der Kapitalismus seine Krisenhaftigkeit ein für allemal überwunden habe. Rudolf Hilferding, SPD-Theoretiker und Wirtschaftsfachmann, war der Meinung, daß im "organisierten Kapitalismus" der 20er Jahre die "bewußte Ordnung und Lenkung der Wirtschaft" wachsen und sich somit für die Arbeiterbewegung das Problem der "Wirtschaftsdemokratie" stellen würde. Wirtschaftsdemokratie hieß in seinen Augen allerdings nicht Ordnung und Lenkung der Wirtschaft durch die Produzenten (also die Arbeiter). Sondern: Verhandlungen(!) mit den Unternehmern auf paritätischer (?) Basis...

Wirtschaftsdemokratie als Ersatz

Die Rolle der Forderung nach Wirtschaftsdemokratie wird deutlich, wenn man weiß, was der Gewerkschaftsführer Fritz Tarnow in einer Rede 1925 angesichts der immer noch ungelösten Lebensfragen der Arbeiterbewegung sagte: "Das, woran man jahrelang geglaubt hat, wenigstens in den Massen, indem man meinte, an dem Tage, an dem wir die politische Macht erringen würden, werde es ein Kinderspiel sein, die letzten Ziele unserer Bewegung zu verwirklichen, ist nicht in Erfüllung gegangen... Es ist schon notwendig zu fragen, ob das so bleiben muß, ob wir nicht in unsere Arbeiterbewegung und ganz besonders in unsere Gewerkschaftsbewegung eine Ideologie hineinbringen können, an die die Massen glauben können, ein Ideal! - die Wirtschaftsdemokratie!"

Hier wird nicht nur das politische Versagen der reformistischen Tendenz nach dem Ersten Weltkrieg offen eingestanden, sondern es wird den Arbeitern für die nicht erfolgten sozialistischen Maßnahmen "Ersatz" angeboten: die Wirtschaftsdemokratie.

„Sich selbst erfüllendes Ideal“?

Dabei ist nicht einmal an eine im politischen und gewerkschaftlichen Kampf zu verwirklichende Forderung gedacht, sondern an ein "Ideal", welches sich irgendwann in ferner Zukunft selbst erfüllen werde. Die Idee der Wirtschaftsdemokratie geisterte so intensiv in den Köpfen der reformistischen Arbeiterführer herum, daß sie Fritz Naphtali in seiner Schrift "Wirtschaftsdemokratie: Ihr Wesen, Weg und Ziel!" 1928 ausformulierte und so für massenhafte Verbreitung sorgte. Diese Schrift geht von den gleichen theoretischen Grundlagen aus wie die Gewerkschaftsführer unserer Tage:

1. Durch die immer stärker werdende Verflechtung von Wirtschaft und staatlichen Instanzen werde der Sozialismus gewissermaßen automatisch erreicht, wenn die Gewerkschaften nur genügend Mitspracherechte in der Wirtschaft hätten.

2. Der Staat wird nicht mehr als Machtmittel der herrschenden Klasse, sondern als über den Klassen schwebendes, dem Allgemeinwohl verpflichtetes Wesen betrachtet. Staatsingriffe erfolgen demzufolge im Interesse der Allgemeinheit, d.h. der arbeitenden Bevölkerung gegenüber den organisierten kapitalistischen Gruppeninteressen.

3. Die Arbeiterschaft soll nach Naphtali unter Aufrechterhaltung der grundlegenden kapitalistischen Strukturen in die Wirtschaft durch "Mitführung" auf paritätischer Grundlage eingegliedert werden. - Über das Kapital sollen somit Kapitalisten und Gewerkschaftsführer gleichermaßen bestimmen. Verständlich, daß für diese

Theoretiker der Wirtschaftsdemokratie weder ein Klassenstaat, noch Klassenherrschaft und Klassenkampf existierten. Auch von (auf privater Aneignung gesellschaftlich produzierten Mehrwerts beruhenden) Ausbeutung sprach man nicht mehr.

4. Wirtschaftsdemokratie sollte von den Gewerkschaftsführungen ausgeübt werden; den Betriebsräten obliegt einzig die Durchführung und Überwachung der von den Gewerkschaftsapparaten in den Verwaltungsgremien der Wirtschaft "gleichberechtigt" mitgefaßten Beschlüsse.

Die Ideen der Wirtschaftsdemokratie verstellten also sowohl den Blick auf die Realitäten der wirtschaftlichen Entwicklung der 20er Jahre als auch auf den wahren Charakter des Weimarer Staates. Beides sollte sich 1933 bitter auf die Arbeiterbewegung auswirken.

Hilflose Arbeiterführer

Die Gewerkschaften, die die Krisenanfälligkeit des Kapitalismus gelehrt hatten, waren außerstande, den Ernst der Weltwirtschaftskrise 1929 einzuschätzen. Auch das Verhalten des Staates ab 1929, das sie als stets im Interesse des Gemeinwohls liegend eingeschätzt hatten, mußte ihnen unerklärlich bleiben. Das von den Gewerkschaften nach der Novemberrevolution gegenüber den revolutionären Arbeitern verteidigte Schlichtungswesen ermöglichte den Abbau der übertariflichen Löhne und später die Senkung der Tariflöhne. Der "neutrale" Staat sorgte für den Abbau der Sozialversicherung. Die Arbeiterbewegung, deren reformistische Führer stets auf den Staat und die Zusammenarbeit mit den Unternehmern gebaut hatten, stand dieser Entwicklung hilflos gegenüber. Den Gipfel dieser Politik erklimmen die Führer der Gewerkschaften 1932/33, als sie sogar noch mit den Faschisten, die ja ab 1933 "den Staat" darstellten, ein Übereinkommen zu erreichen versuchten. Jedem ist bekannt, wie diese Bankrottpolitik der Eingliederung der Gewerkschaften in den faschistischen Staat endete - mit ihrer vollständigen Ausschaltung.

Sozialisierungsforderungen nach 1945

Nach dem Zusammenbruch des faschistischen Terrorregimes 1945 richteten sich die Forderungen der Arbeiterklasse zunächst auf die Enteignung der Besitzer der Schlüsselindustrien, vor allem der Bergbau- und Stahlkapitalisten aus der Erkenntnis heraus, daß diese die eifrigsten Unterstützer der Faschisten gewesen waren. Die Enteignungsforderung war verbunden mit dem Verlangen nach Kontrolle der Arbeiter über Produktionsorganisation sowie Unternehmensentscheidungen.

Die reformistische Gewerkschaftsführung, die aus dem Exil nach Deutschland zurückgekehrt war, hatte aus den Erfahrungen mit dem Faschismus wenig gelernt und war daher immer noch nicht imstande, den Faschismus als Herrschaftsform des Kapitalismus in der Krise zu verstehen.

Zudem kam eine gute Portion irrationaler Antikommunismus hinzu, der sich nicht als Antistalinismus, sondern als Antimarxismus äußerte. Dies alles ließ die Gewerkschaftsführung zusammen mit der SPD unter Kurt Schuhmacher nach einem "dritten Weg zwischen Kommunismus und Kapitalismus" suchen. Wieder wurde die Gleichberechtigung zwischen Kapital und Arbeit und nicht der Anspruch auf alleinige Verfügungsgewalt über die Produktionsmittel durch die Arbeiter propagiert.

Wiedereinrichtung des Kapitalismus

Allerdings waren die reformistischen Gewerkschaftsführer zusammen mit ihren politischen Partnern in der SPD für diese Entwicklung, die auf die Wiedereinrichtung des Kapitalismus hinauslief, nicht allein verantwortlich. Mit dem sich verschärfenden Gegensatz

zwischen den westlichen Siegermächten und der UdSSR setzten sich in den USA diejenigen Kapitalgruppen durch, die ein Interesse an der Stärkung Westdeutschlands als kapitalistisch-antisowjetisches Bollwerk hatten. Damit wurden von den Alliierten die Weichen in Richtung Kapitalismus gestellt. Dies kann jedoch die Gewerkschaftsführer nicht von ihrer Verantwortung nach 1945 freisprechen. Denn sie ließen sich bereits 1947, als die Konzerne seitens der Alliierten entflochten werden sollten, auf Mitbestimmungsangebote durch die Unternehmer ein.

Es war klar, daß besonders das Ruhrkapital das Mitbestimmungsangebot benutzen wollte, um die Gewerkschaften als Bündnispartner gegen die Entflechtungsdrohungen der Alliierten zu gewinnen und um die Arbeiter von weitergehenden Forderungen abzuhalten. Ein Vertreter des Ruhrkapitals sagte ganz offen, daß man Mitbestimmung aus zwei Gründen angeboten habe:

1. um den Arbeitern das Gefühl zu geben, daß es sich um ihre Fabriken und Bergwerke handele, die sie verteidigen müßten;
 2. um die Arbeiter gegen die Sozialisierung einzunehmen.
- Deutlicher kann man den Zweck der Mitbestimmung wahrlich nicht ausdrücken.

Für Arbeiterkontrolle statt Mitbestimmung!

Die Praxis der Mitbestimmung bis heute hat gezeigt:

- die Information der Arbeitervertreter in den Aufsichtsräten gegenüber den Betriebsräten und Vertrauensleuten ist aufgrund der Geheimhaltungspflicht mangelhaft;
- die Arbeitervertreter können durch hohe Aufsichtsratsbezüge eingelullt werden. Die Vergütungen liegen zwischen 1000 und 100.000 DM für zwei bis vier Sitzungen im Jahr. Ein Teil der Gelder soll zwar an die DGB-"Stiftung Mitbestimmung" abgeführt werden; dies geschieht aber keineswegs in vollem Umfang;
- durch die abgehobene Tätigkeit der Aufsichtsratsvertreter, die von der Belegschaft nicht kontrolliert werden kann (Aufsichtsräte sind an Weisungen der Arbeiter nicht gebunden) sowie den hohen Vergütungen kommt es zur Vorsebständigung der Funktionäre;
- Mitbestimmung führt zur Entpolitisierung der Arbeiterklasse. Die Arbeiter vertrauen weniger auf ihre eigene Kraft als auf das Verhandlungsgeschick ihrer Repräsentanten. So überstand das Kapital die Krise im Bergbau und der Stahl- und Eisenindustrie mit dem Zehensterben 1968/69 ohne

Mitbestimmung als Schutz vor Radikalisierung

Auch von den westlichen Besatzungsmächten wurde die Mitbestimmung als Mittel zur Verhinderung der Radikalisierung der Arbeiter benutzt. Bereits 1948 waren die ersten paritätisch besetzten Aufsichtsräte in der teilentflochtenen Montanindustrie (Eisen, Stahl, Bergbau) besetzt. Damit waren die Gewerkschaftsspitzen in das Interesse der weiterhin kapitalistisch produzierenden Industrie eingegliedert und trugen Mitverantwortung für die reibungslose Funktionieren der jeweiligen Betriebe.

Es fiel den Unternehmern in den Leitungsgremien der mitbestimmten Betriebe nun leicht, ihr Sonderinteresse nach größtmöglichem Profit als Allgemeininteresse auszugeben, da ja Arbeitervertreter in den Aufsichtsräten beteiligt waren. Als für die Unternehmer angenehmer Nebeneffekt konnte man die Kluft zwischen den einfachen Kollegen und den Gewerkschaftsvertretern im Aufsichtsrat vertiefen, wenn der Aufsichtsrat mit den Stimmen der Gewerkschafter unpopuläre Beschlüsse faßte. Die Gewerkschaftsführer aber waren der Meinung, daß sich hier für sie ein Experimentierfeld für die Wirtschaftsdemokratie ergeben würde...

harte Arbeitskämpfe. Konfliktlösungsstrategie Marke Mitbestimmung;

- Mitbestimmung hat die Krise an Rhein, Ruhr und Saar, die sich in diesen Regionen bedrohlich ausbreitet, nicht verhindert, dafür aber die Wut der Arbeiter kanalisieren können;
- Mitbestimmung hat die Konzentration von wirtschaftlicher Macht in immer weniger Händen nicht verhindern können.

Nichtsdestoweniger ist die Mitbestimmung den Unternehmen ein Dorn im Auge. Dies zeigt die Klage vor dem Bundesverfassungsgericht gegen das 1976er Modell. Sobald sie eine Chance sehen, werden sie versuchen, die Mitbestimmung wieder über Bord zu werfen. Als Nächstes werden sie möglicherweise das Montanmodell angreifen. Denn gerade dieses Modell kann von den Gewerkschaften genutzt werden, um Plänen des Managements einen Strich durch die Rechnung zu machen: durch totale Opposition könnte zwar nichts endgültig vereitelt werden, aber über zeitliche Verzögerungen beispielsweise bessere Sozialpläne durchgesetzt werden. Und das wäre immerhin etwas! Natürlich reicht dies keinesfalls aus.

Die Mitbestimmung verteidigen...

Fortsetzung von Seite 1

In dem Montan-Konflikt zeigen sich die Kollegen vom IG-Metall-Vorstand kampfbereit und kompromißlos. Hätten sie sich nur ebenso kämpferisch im letzten Stahlstreik für die 35-Stunden-Woche eingesetzt - so mag manche/r denken - dann wäre dabei sicher etwas Besseres herausgekommen als eine Zementierung der 40-Stunden-Woche. Und die 3.000 Arbeitsplätze wären ebenfalls weniger bedroht... Mannesmann will jetzt ein Exempel statuieren. Wenn dies gelingt, dann dürften die übrigen Stahlkonzerne nachziehen. "Es muß endlich Schluß sein mit dem Besatzungsrecht", so hat sich kürzlich ein führender Funktionär des Arbeitgeberverbandes über die MontanMitbestimmung geäußert.

Mitbestimmte Rationalisierungsmaßnahmen

Gegenüber dem 1976er Modell haben die Arbeitnehmervertreter im Rahmen des Montan-Modells sicher mehr Möglichkeiten, um kleinere Verbesserungen für die Kollegen herauszuholen. Aber alle die Kollegen, die sich von dem Montan-Modell einen lebenslänglichen Schutzbrief auf einen sicheren Arbeitsplatz erhofft hatten, müssen sich nun vom IG Metall-Vorstand eines Besseren belehren lassen:

"Niemand kann behaupten, wir hätten uns jemals gesperrt, wenn es darum ging, Rationalisierungsmaßnahmen in den Unternehmen durchzuführen oder Kosten einzusparen", erklärte Vorstandsmittglied Rudolf Judith auf der Dortmunder Stahlkonferenz am 3. Juli 1980. Und der IG-Metall-Vorsitzende Eugen Loderer gab in seiner Eigenschaft als stellvertretender Aufsichtsratsvorsitzender der Mannesmann Hüttenwerke im Aufsichtsrat am

Außerdem nutzen die Gewerkschaftsführer in den Aufsichtsräten ihre Macht in den seltensten Fällen aus. Im Gegenteil: die meisten Beschlüsse werden einstimmig gefaßt.

Aber ebenso wie schon 1924, könnten die Unternehmer irgendwann in den 80er Jahren sagen: "Weg damit! Wir brauchen keine Mitbestimmung mehr!" Eine solche Situation könnte eintreten, wenn die Arbeiterklasse sich radikalisiert und von ihren Aufsichtsratsvertretern "Endlich Taten statt Worte!" fordert. Deshalb verteidigen Sozialisten die Mitbestimmung gegen Angriffe seitens des Kapitals. Gleichzeitig decken sie die Mängel dieser "Mitbestimmung" auf und treten für ein grundsätzlich anderes Ziel ein: für eine sozialistische Gesellschaft unter demokratischer Arbeiterkontrolle und -verwaltung!

Sozialisten müssen immer wieder auf die äußerst enge Beschränktheit der "Errungenschaft Mitbestimmung" hinweisen. Für uns ist dies kein Endziel. Wir kämpfen für eine grundlegende Alternative: nicht Gleichberechtigung mit dem Kapital, sondern Selbstbestimmung für die Arbeiterklasse!

Dazu gehört:

- * Enteignung der Schlüsselindustrien, der Banken und Versicherungen und der 200 größten Konzerne!
- * Ausarbeitung eines gesellschaftlichen Plans zur Produktion nach Bedürfnissen, nicht nach dem Profit!
- * Demokratische Arbeiterkontrolle und -verwaltung über die Fabriken, die Produktion, den Staat und die Gesellschaft!
- * "Aufsichtsräte" sollten wie folgt zusammengesetzt sein: ein Drittel gewählter Vertreter der Belegschaft, ein Drittel gewählter Vertreter des DGB und ein Drittel Vertreter des Staates.

Damit solche Funktionäre sich nicht von ihrer Basis abheben, sind folgende Bedingungen unerlässlich:

- Nicht mehr als einen durchschnittlichen Facharbeiterlohn als Vergütung für ihre Tätigkeit!
- Jederzeitige Möglichkeit, sie durch ihre Basis wieder abwählen zu lassen!

Mitbestimmung ist keine Zwischenetappe zu einem solchen Ziel. Übergangsforderungen als Brücke zu diesem Ziel können einzig und allein lauten:

- Weg mit dem "Geschäftsgeheimnis"! Für die Offenlegung aller Geschäftsbücher! Die Betriebsräte müssen das Recht haben, in sämtliche Geschäftsvorgänge des Unternehmens jederzeit Einblick zu nehmen!
- Weg mit der "Friedenspflicht"! Für jederzeitiges Streikrecht! Die Betriebsräte müssen das Recht haben, Kampfmaßnahmen gegen jeden Geschäftsvorgang auszurufen, der nicht im Interesse der Belegschaft ist!

Eine solche Form von Arbeiterkontrolle wäre ein echter Schritt nach vorne. Er könnte eine Schule sein für den Aufbau einer zukünftigen sozialistischen Gesellschaft!

Für Sozialisierung statt Mitbestimmung!

"Es gab lange und heftige Diskussionen darüber, ob die Gewerkschaften den Weg der Sozialisierung oder der Überführung in Gemeineigentum fordern sollen. Wir haben uns für den Weg der Mitbestimmung und damit der Mitverantwortung entschieden...", erklärte Eugen Loderer im Aufsichtsrat am 26. 6. 1980.

Wenn die Kapitalisten jetzt auf diese Mitverantwortung unserer Gewerkschaftsführer pfeifen, dann sollten wir auch auf die verstaubten und völlig unangemessenen Ideen der Sozialpartnerschaft pfeifen! Wenn sich der gewerkschaftliche Weg der schrittweisen Ausdehnung der Mitbestimmung in Richtung Selbstbestimmung nicht verwirklichen läßt, dann bleibt uns nur noch eines übrig:

Weiten wir den Kampf um die Montan-Mitbestimmung aus zum Kampf um die Überführung der Stahlindustrie und anderer Grundstoff- und Schlüsselbereiche in Gemeineigentum! Die Überführung der Schlüsselindustrien in Gemeineigentum wird in §2 der IG Metall-Satzung angeführt als ein Ziel der Gewerkschaft und wurde auch vom Vertrauenskörper der IG Metall auf der Mannesmann-Hütte in der Resolution nach dem Stahlstreik aufgeworfen. Es ist jetzt höchste Zeit, daß die Gewerkschaften diese Forderung wieder in den Mittelpunkt ihres Kampfes rücken. Denn nur so kann eine echte Mitbestimmung der Arbeiter und ihrer Gewerkschaften ohne das Kapital gewährleistet werden. (siehe auch Artikel auf dieser Seite)

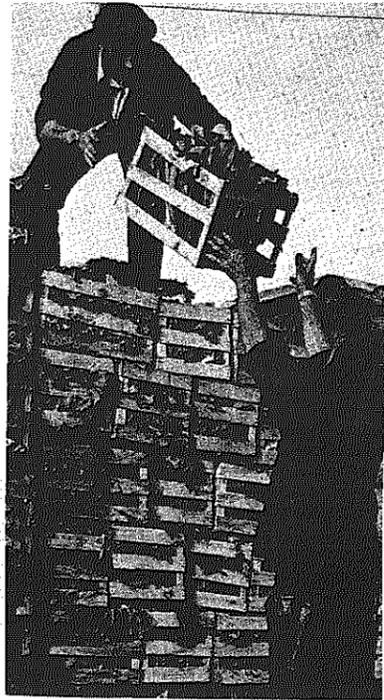
Hans-Gerd Öfinger, Mitglied der IG Druck und Papier, Remscheid

KAPITALISTISCHES EUROPA HAT KEINE ZUKUNFT

EUROPÄISCHE GEMEINSCHAFT IN DER KRISE

FÜR DIE VERBUNDENEN SOZIALISTISCHEN STAATEN VON EUROPA!

Ingolf Becker
SPD-Mitglied
Remscheid



einschränkungen hätten Kurzarbeit zu Folge gehabt. Die Konzernne zum Anlaß, das Stahlkartell platzen zu lassen. In Zukunft wird die Produktion wieder voll ausgefahren und der Markt mit Stahl überschwemmt werden. Ein Preiskampf aller gegen aller wird einsetzen. Die schwächsten werden auf der Strecke bleiben und in einzelnen Regionen werden die Arbeitslosenzahlen in die Höhe schießen.

Europa der Konzerne...

Arbeitsplatzabbau, Preissteigerungen bei Nahrungsmitteln trotz Überschusses, Umverteilung von Steuergeldern, die für Sozialinvestitionen vorgesehen waren, zu Gunsten der europäischen Industrie und Mißwirtschaft - nur damit einige Konzerne ihre Profite machen. So sieht die Rechnung aus, die der Arbeiter für das Europa der Konzerne bezahlen muß. Er wird der Leidtragende sein, wenn er sich nicht wehrt. Die Marktgesetze des Kapitalismus zwingen die Unternehmer dazu, um Absatzmärkte zu kämpfen. Daß es friedlich und in gegenseitigen Einverständnis nicht geht zeigt das gegenseitige Mißtrauen und die Aufkündigung selbst der wirtschaftlichen Zusammenarbeit wie im Stahlbereich. Die EG ist in Auflösung begriffen. Die letzte Steigerung eines sich verschärfenden Handelskrieges wäre die Behauptung und Eroberung von Absatzmärkten mit "Feuer und Schwert". Ein Krieg wird aber erst möglich sein, wenn zuvor der Widerstand der europäischen Arbeiterklasse gebrochen sein wird.

...oder Europa der Arbeiter?

Bereits in verschiedenen Solidaritätsaktionen kam zum Ausdruck, daß die Arbeiter der verschiedenen EG-Länder sich nicht gegeneinander ausspielen lassen:

* So demonstrierten deutsche und französische Stahlkocher Seite an Seite gegen die Schließung von Stahlbetrieben in Longwy.

* Deutsche Drucker weigerten sich, die englische Zeitung "The Times" zu drucken, als ihre britischen Kollegen diese bestreikten.

Selbst in "kleinen" und rückständigen Ländern wie Portugal und Spanien hat die Arbeiterbewegung ihre Stärke gezeigt. Zwei Diktaturen wurden gestürzt. Die Ereignisse in Portugal und Spanien sind eine Vorwegnahme der vor uns liegenden Jahre sozialer Unruhe, die auch die heute hoch verhältnismäßig stabile BRD nicht unberührt lassen werden. Der gemeinsame Kampf der europäischen Arbeiter gegen das europäische Kapital ist unerlässlich.

Das Europa der Konzerne steht und fällt mit der Macht der Monopole und ihrer Antriebsfeder, der kapitalistischen Wirtschafts(um)ordnung. Nur indem diese ersetzt wird durch ein demokratisch geplantes Wirtschaftssystem auf der Grundlage der Verstaatlichung der Großkonzerne und Banken unter Arbeiterkontrolle und -verwaltung können die Bedürfnisse der europäischen Bevölkerung erfüllt werden.

Der jüngste Beschluß europäischer Regierungschefs, Englands Zahlungen an den europäischen Haushalt zu verringern, hat wieder einmal deutlich gemacht, wer der eigentliche "Zahlmeister" Europas ist: Der Arbeiter.

Die Bundesregierung hat sich bereiterklärt, innerhalb von drei Jahren die zusätzliche Summe von 2,5 Mrd. DM in die EG-Kasse zu zahlen. Dieses Geld sollte zuerst locker gemacht werden, indem man das "Steuerpaket" (d.h. fest versprochene Steuererleichterungen für die Lohnabhängigen) zusammenstreichen wollte. Hier stand vor allem der Familienlastenausgleich zur Debatte. Doch dann besann man sich eines anderen und erhöhte "nur" die Steuern für Brandwein, Mineralöl und Tabak! Dies zusätzlich zu der Agrarpreiserhöhung, die der Beschluß ohnehin schon enthält!

Die Europabegeisterung früherer Jahre ist einer wachsenden Europakritik gewichen. Europa ist lästig und teuer geworden. Zunehmend beklagen sich auch einzelne Regierungen über die Zustände in der Gemeinschaft. England möchte eine Umverteilung der EG-Gelder zu Gunsten der Regionalförderung sehen, für die bisher kaum Mittel vorhanden sind. Italien bemängelt die EG-Subventionierung: während der EG-Garantiefond 1979 für die Landwirtschaft des hochindustrialisierten Belgien eine Unterstützung in Höhe von 12.000 DM pro Beschäftigten vorsah, mußte sich das arme und strukturschwache Italien mit 1.300 DM begnügen.

Doch trotz aller Kritik und Belastungen möchten die Regierungen die EG nicht leichtfertig auf's Spiel setzen. Denn diese hatte und hat, neben der agrarpolitischen (u.a. für Nahrungsmittelkonzerne wie Nestlé) noch eine andere wirtschaftliche und politische Bedeutung für die restliche Industrie.

EG im Aufschwung funktionsfähig

In der Aufschwungsphase nach dem Kriege suchten die europäischen Unternehmer nach Wegen, die engen und den Warenverkehr hemmenden nationalen Grenzen zu überwinden. Den Vertretern des deutschen Kapitals war klar, daß sich der deutsche Kapitalismus nur in Zusammenarbeit mit dem europäischen Kapitalismus und durch dessen Absatzmärkte entwickeln konnte. Nur auf dieser Grundlage konnten sie mit dem starken US- und japanischen Kapitalismus konkurrieren. Diese Zusammenarbeit zahlte sich für die Unternehmer aus:

Die BRD konnte ihren Export (Maschinenbau etc.) bis zu 50% in europäischen Staaten absetzen. Der gemeinsame Agrarmarkt - für Frankreich die Geschäftsgrundlage bei der Gründung der EG - brachte den französischen Großgrundbesitzern enorme Profite. So werden einige Produkte des französischen Agrarexports, z.B. Weizen und Zucker bis zu 36%, und Butter und Milchpulver bis zu 300% (!) über den Weltmarktpreisen im Rahmen der europäischen Marktordnung gehandelt.

Wachsende Wirtschaftskrise läßt Illusionen platzen

Indem sie auf dem Weltmarkt geschlossen auftraten, konnten die europäischen Kapitalisten - besonders die deutschen - ihre Position stark ausbauen. Unter dem Eindruck der allgemeinen wirtschaftlichen Schönwetterlage wurde noch 1971 beschlossen, bis '80 stufenweise eine Wirtschafts- und Währungsunion einzuführen. Viele Europa-Parlamentarier hatten große Illusionen in die europäische Zusammenarbeit, die - so wünschten sie - mit der Schaffung eines übernationalen Staates gekrönt werden sollte.

Doch in den 70er Jahren wich das wirtschaftliche Hoch einem heraufziehenden Tief. Das Wachstum des Weltmarktes verlangsamte sich drastisch: '73 = 14%, '74 = 5%, '75 = 0%. Die Weltwirtschaftskrise 1974/75 mußte eigentlich auch dem letzten europäischen Hinterbänkler deutlich machen, daß es bei Europa nicht um die Verwirklichung humanistischer Ideale, sondern um die nackten Profitinteressen der Konzerne und Banken ging (falls er es nicht schon längst weiß). War in der Aufschwungszeit leicht ein gemeinsamer Nenner der europäischen Staaten gefunden - die Aussicht, an Europa zu verdienen - so traten mit der einbrechenden Krise mehr und mehr Querelen um Beitragszahlungen und Ausgabenpolitik in den Vordergrund der EG-Diskussionen. Wirtschaftliche Schwierigkeiten veranlassen die Regierungen jetzt dazu, so hirnrisig - aber früher leicht zu verkraftende Ausgaben - wie für den Agrarmarkt zu

kritisieren und die EG insgesamt in Frage zu stellen. Enttäuscht stellt Heide Wiczorek-Zeul (Europa-Parlamentarierin und Ex-Jusvorsitzende) auf dem SPD-Wahlparteitag in Essen fest: "es wird sich zeigen, daß wir in der europäischen Gemeinschaft maßgebende Reformen durchführen müssen, damit sie innerlich stabil bleibt. Es nutzt uns nichts, wenn sie nur kurzfristig handlungsfähig bleibt, wenn sie in ein, zwei Jahren an ihren eigenen Widersprüchen zugrunde geht!"

Nationale Alleingänge

Jedes Land der EG ist von der Krise betroffen. Italien, Frankreich und die BRD haben je rund 1 Mio. Arbeitslose (Großbritannien sogar 2 Mio.), steigende Inflationsraten (von 5-20%) und eine wachsende Staatsverschuldung. Anstelle der gemeinsamen Politik versucht jedes Land, einen nationalen Ausweg aus der Krise zu finden. Dies drückt sich politisch in der Tatsache aus, daß die nationalen Regierungen nicht dem Europaparlament die entscheidende Gewalt einräumen, sondern diese beim europäischen Rat belassen. Dort werden die Interessen der Mitgliedstaaten direkt vertreten. Keine nationale kapitalistische Regierung möchte auf ihren Einfluß und ihren Staatsapparat freiwillig verzichten. Daran werden auch die größten Tränen enttäuschter Euro-Parlamentarier nichts ändern. Hans Joachim Seeler (Hamburg) stellte auf dem SPD-Wahlparteitag in Essen zur Arbeitsweise des Rates fest: "Immer wieder ist es nationaler Egoismus oder die Rücksichtnahme auf Wähler oder vermeintliche Wähler gewesen, die den Mut zur Entscheidung hat fehlen lassen."

Als der Kursverfall des amerikanischen Dollars auch das europäische Währungsgefüge auseinanderbrachte, schuf man die "Währungsschlange". Doch nur allzu oft scherten einzelne Länder aus dieser Schlange aus und werten ihre Währungen ab, um dadurch die Konkurrenzfähigkeit ihrer eigenen nationalen Produkte zu steigern.

Lose Vereinigung

Dies sind die ersten Anzeichen dafür, daß die EG im Sturm der vor uns liegenden Jahre Schiffbruch erleiden wird. Schon jetzt wird deutlich, daß die Mitgliedsländer "Kehrt Marsch!" machen und sich in Richtung einer losen Vereinigung nationaler Staaten bewegen, deren Engagement sich darauf beschränkt, was das jeweilige Interesse der nationalen Kapitalisten noch notwendig erscheinen läßt:

Die deutschen Unternehmer haben ein Interesse an der Aufrechterhaltung des europäischen Marktes, weil 50% des Exports in den EG-Staaten abgesetzt wird und jeder vierte Arbeitsplatz vom Export abhängt. Nicht auszudenken, welche Arbeitskämpfe ausgelöst werden könnten, wenn dieser Markt wieder durch inhereuropäische Zoll- und Handelsbeschränkungen begrenzt und die deutsche Wirtschaft in die roten Zahlen treiben würde. Kritik übt die Bundesregierung daher nur an den für sie kostspieligen und unbefriedigenden Agrarmarktkonzepten.

Die französischen Kapitalisten, die über eine starke Großgrundbesitzerschicht verfügen, haben großes Interesse daran, daß die guten Profitbedingungen für den Agrarexport (dem wichtigsten Exportzweig Frankreichs) bestehen bleiben und will die deutsche Kritik daher nicht verstehen. Folgerichtig wehren sie sich auch gegen die Aufnahme von Spanien, Portugal und Griechenland - allesamt agrarorientierte Länder - in die EG. Nicht etwa, wie vordergründig argumentiert wird, weil dort die demokratischen Verhältnisse sich noch stabilisieren müßten, sondern weil sie keine unliebsamen Konkurrenten auf den Hals bekommen möchten.

Die Furcht, von protektionistischen Maßnahmen betroffen zu sein, hat das französische Kapital dazu veranlaßt, auch die Industrie weiter auszubauen, um so eine "unabhängigere" Stellung im Weltmarkt einzunehmen. Milliarden werden in Rationalisierungsinvestitionen gesteckt. Selbst die FAZ, Sprachrohr der Unternehmer, stellte am 4.6.80 fest: Frankreich "rückt mit neuen Technologien und neuen Produkten in der Statistik des Welthandels kräftig nach vorn!"

Großbritannien und die EG

Für England schließlich ist die EG die letzte Hoffnung. Der Verlust des Commonwealth hat die britische Industrie sämtlicher Absatzmärkte beraubt. Vom Beitritt erhoffte sich das englische Kapital eine Wiederbelebung des Wettbewerbs und die Sanierung der Wirtschaft. Doch die "Investitionslücke" ließ die Produktionsmittel hoffnungslos überaltern. Sie können nicht mit den europäischen konkurrieren. Selbst im eigenen Land mußten die britischen Unternehmer Markteinbrüche hinnehmen. So sind 54% der Autos importiert, 50% der Kühlschränke und nahezu 100% der Motorräder. Zu den bereits bestehenden Belastungen kamen jetzt noch 2 Mrd. Pfund Handelsverluste durch den EG-Beitritt hinzu. Die englischen Kapitalisten hatten sich verrechnet: Statt den europäischen Markt selbst zu erobern, wurde der englische von den Europäern vereinnahmt. Die britische Regierung erzwang unter Androhung des Austritts die bereits erwähnte Komromißlösung. Der britische Austritt hätte die ganze EG gefährdet und den künstlich geschaffenen Binnenmarkt auf's Spiel gesetzt. Das finanzielle Zugeständnis der deutschen Regierung ist daher so zu verstehen, daß die EG, gerade im Hinblick auf die zunehmenden protektionistischen Maßnahmen im Weltmarkt, auf jeden Fall erhalten bleiben muß - auch wenn es (natürlich des Steuerzahlers) Geld kosten sollte. Die Interessen der Privatwirtschaft gehen vor. Wenn deutsche Waren nicht mehr in Japan oder den USA abgesetzt werden können, dann wenigstens in Europa.

Die EG ist zu einem Selbstbedingungsladen geworden, in dem niemand die Rechnung zahlen möchte. Dies ist natürlich alles andere als eine gute Ausgangslage für die europäische Einheit (d.h. die Einheit der europäischen Kapitalisten!). Daß die internationale Arbeitsteilung eine Zusammenarbeit, zumindest auf europäischer Ebene notwendig gemacht hat, zeigt im Ansatz die Europäische Gemeinschaft. Doch kurzfristige Profitperspektiven und Sorgen um die eigenen Absatzmärkte

und Konkurrenzfähigkeit bilden ein unüberwindbares Hindernis auf diesem Weg. Die kapitalistische Wirtschaftsordnung läßt die Zusammenarbeit im Keim ersticken!

und Konkurrenzfähigkeit bilden ein unüberwindbares Hindernis auf diesem Weg. Die kapitalistische Wirtschaftsordnung läßt die Zusammenarbeit im Keim ersticken!

Stahlkartell geplatzt

So werden auch in Zukunft die Arbeiter die Rechnung für die europäische Mißwirtschaft bezahlen. Dies ist für sie nichts neues. Wenn bei der EG geplant wurde, dann immer zu Lasten der europäischen Arbeiter. Der "Davignon-Plan" legt hierfür ein bereites Zeugnis ab: Er sah vor, daß die europäische Stahlindustrie bis Ende '81 rund 140.000 Arbeitsplätze gleichmäßig über die verschiedenen Länder verteilt abgebaut werden, damit es in den einzelnen Regionen nicht zu unkontrollierbaren Arbeitsniederlegungen kommt. Aus nationalen Wettbewerbsgründen wollen die die Stahlbarone jetzt diese "konzertierte Aktion" platzen lassen und lieber nach eigenen Gutdünken entscheiden. Wenn sie das Kartell verlassen, heißt das natürlich nicht: die bedrohten Arbeitsplätze werden gerettet. Im Gegenteil! Die Stahlbarone treten nicht aus Liebe zu den Arbeitern aus, sondern weil sie sich nicht mehr der freiwilligen Produktionsbeschränkung unterordnen wollen. Diese wurde 1977 unter Mithilfe der Brüsseler Eurokraten vereinbart, um sich gegen einen ruinösen Preiswettbewerb zu schützen. Als Brüssel, das die Produktionsquoten vorgab, die Fertigung von Walzdraht und Feinblechen noch mehr zu begrenzen suchte, sahen die Schlußlichter unter den deutschen Stahlkonzernen rot: Ihre Hochöfen und Walzwerke waren schon jetzt nur zu 80% ausgelastet. Weitere Produktions-

POLNISCHE ARBEITER STREIKEN GEGEN PREISERHÖHUNGEN

Zum dritten Mal innerhalb eines Jahrzehnts wehrt sich die polnische Arbeiterklasse gegen den Versuch des stalinistischen Regimes, ihr eine drastische Erhöhung der Preise für Nahrungsmittel aufzuzwingen. Als die herrschende Bürokratie Anfang Juli die Fleischpreise um 40% bis 60% anhub, begann eine spontane Streikwelle. Belegschaft um Belegschaft, Fabrik um Fabrik traten in den Ausstand. Bis Ende Juli hatten bereits mehr als 100 Belegschaften Lohnerhöhungen um die 10% durchgesetzt. Das Regime war machtlos. In einigen Fällen wurde sogar eine gleitende Lohnskala erkämpft, die das Lohnniveau monatlich automatisch um die jeweilige Inflationsrate anhebt. (Nach regierungsamlichen Angaben beträgt sie immerhin zwischen 6% und 7%, in Wirklichkeit liegt sie bei 20%) Die Streikwelle dauert an. Sie wird von unabhängigen Streikkomitees organisiert.

Die polnischen Stalinisten geben natürlich nicht zu, daß Streiks stattfinden. Sie nennen es "vorübergehende Schwächung der Produktionsdynamik". Aber es sind Streiks. Streik für höhere Löhne, Streiks gegen Normerhöhungen,

die das Ende des Mißmanagements in der Wirtschaft fordern. Mißwirtschaft - das ist das einzige Wort, was die polnische Situation zutreffend beschreiben kann. Der völlige Mangel an Arbeiterdemokratie und die Unterdrückung freier Kritikmöglichkeiten verhindern eine richtige sozialistische Planung. Die stalinistische Bürokratenelite - korrupt, privilegiert und arrogant - ist unfähig, rational zu planen.

Um 2% fiel das Nationaleinkommen 1979. Die Auslandsschulden des Staates gegenüber westlichen Bankiers und Regierungen betragen 35 Mrd. DM. Diese Schuldenpolitik, Anfang der 70er Jahre eingeleitet (um der damals schon schlechten, bürokratischen Planung wieder zu neuen Wachstumssprüngen zu verhelfen), hat sich jetzt gerächt: die westliche Inflation wurde importiert, und die Produktion zeigt trotzdem keine positive Entwicklung.

Die herrschende Bürokratie selbst ist zu einem absoluten Hindernis für die weitere Entwicklung der Produktivkräfte geworden. Nur durch ihren Sturz kann dies beseitigt werden. Dazu ist eine politische Revolution notwendig. Diese muß die Errungenschaften der

Planwirtschaft beibehalten, diese jedoch mit den Vorteilen der Arbeiterdemokratie verknüpfen, in der keine diktatorisch herrschende, privilegierte Bürokratie auf dem Rücken der Arbeiter sitzt und die Wirtschaft fehlerhaft (statt plant).

Die polnischen Arbeiter sind mit ihren Streiks dabei, ihre eigene Stärke zu erkennen. Diese Streiks sind Vorzeichen der kommenden politischen Revolution. In den nächsten Jahren werden noch viel heftigere Kämpfe zwischen Arbeitern und Bürokratie stattfinden. Angesichts der stalinistischen Zerrbilder ist der "Sozialismus" bei den meisten westlichen Arbeitern nicht gerade ein erstrebenswertes Ziel. Eine erfolgreiche politische Revolution in Polen (oder in einem anderen Ostblockstaat), die zum Aufbau einer echten sozialistischen Demokratie führt, würde diesem Schreckensbild einen Todesstoß versetzen und das Kräfteverhältnis zwischen den Klassen schlagartig weltweit verändern...

Olaf Meindl, Remscheid
Mitglied der Deutschen
Postgewerkschaft

EINEN MINDESTLOHN FÜR ALLE!

Der Vorsitzende der Gewerkschaft Druck und Papier, Leonhard Mahlein, hat kürzlich ausgesprochen, was viele Kollegen sicher auch denken: ob nicht in Anbetracht der rasanten Preisentwicklung ein Nachschlag bei den Löhnen und Gehältern angebracht wäre.

Die letzte Lohnrunde brachte den Arbeitern und Angestellten Lohnerhöhungen von rund 7% brutto, zum Teil sogar weniger. Das sind netto kaum 6% (durch erhöhte Abgaben). Die Inflationsrate liegt aber schon bei mindestens 6%. Das bedeutet, daß wir in diesem Jahr keine realen Einkommensverbesserungen haben.

Zieht man zusätzlich in Betracht, wie die offiziellen Statistiken über Preissteigerungen zustande kommen, dann haben wir sogar einen Rückgang im Lebensstandard zu verzeichnen. Denn z.B. der Anteil der Heizkosten für Öl ist im sogenannten "Warenkorb" (Zusammenstellung von Konsumgütern, deren Preise der statistischen Berechnung zugrundeliegen) unterbewertet. Der Verbrauch der "statistischen Durchschnittsfamilie" wird für jahrelang konstant angenommen, auch wenn sich das tatsächliche Verhalten der Verbraucher ändert.

Würde unsere Preissteigerungsrate nach amerikanischem Vorbild berechnet, wo der "Warenkorb" entsprechend den geänderten Verbraucher-Gewohnheiten jährlich neu zusammengestellt wird, dann läge unsere Inflationsrate bei 12% (Quelle: ARD-Wirtschaftsmagazin "Plusminus" vom 27.6.1980). Diese Zahl entspricht wohl auch weit eher den tagtäglichen Erfahrungen beim Einkauf. Wenn wir unseren Lebensstandard also auch nur annähernd halten wollen, führt kein Weg an einem Nachschlag vorbei.

Die Diskussion darüber darf jedoch nicht nur Mahlein und seinen DGB-Vorstandskollegen vorbehalten sein. Dies ist ein Thema, über das die gesamte

Mitgliedschaft nach demokratischer Willensbildung entscheiden muß.

Die Diskussion um einen Nachschlag wäre nicht nötig, wenn die Gewerkschaftsführungen von Anfang an eine offensive und kämpferische Tarifpolitik betrieben hätten. Denn vor uns liegt eine Wirtschaftsflaute, die nicht nur mehr Arbeitslose, sondern auch weiteren Preisauftrieb mit sich bringen wird - und das nicht nur in diesem Jahr. Wenn die Unternehmer sich durch erhöhte Preise ihre Profite sichern wollen, dann

Auch eine grundlegende Anhebung der unteren Lohn- und Gehaltsgruppen durch einen Festbetrag wäre dringend erforderlich, denn diese Schichten sind von den Preissteigerungen am härtesten betroffen. Hierunter fallen u.a. besonders Auszubildende und junge Arbeitnehmer mit niedrigen Anfangsgehältern.

Doch statt einer Anhebung begnügten sich die Spitzen der Gewerkschaften in der letzten Lohnrunde mit einmaligen Zahlungen (bei den Metallern und im öffentlichen Dienst), die spätes-

500,- DM Ausbildungsvergütung, wie sie heute etwa durchschnittlich gezahlt werden, sind in keiner Weise ausreichend. Sie liegen sogar unter dem Satz, den der Staat den Studenten als Ausbildungsförderung zubilligt, die nicht im Elternhaus leben.

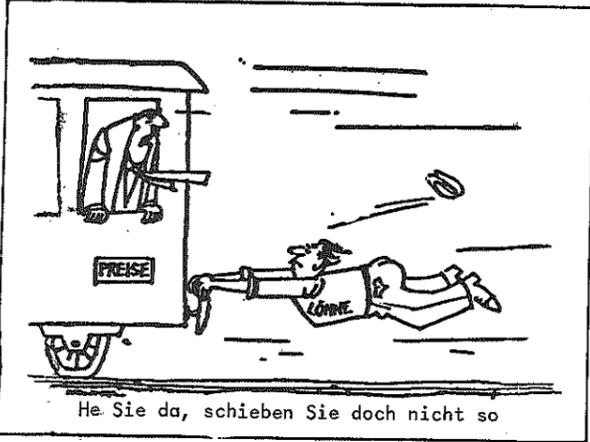
Wer mit 18 Jahren Geschäfte abschließen, wählen und zum "Dienst am Vaterland" herangezogen werden kann, dem steht auch ein Einkommen zu, mit dem er auskommen kann!

* Für eine Mindestausbildungsvergütung

von 800,- DM!
* Für ein garantiertes Mindesteinkommen von 1.400,- DM netto für alle Arbeitnehmer nach dem 18. Lebensjahr!

* Für eine gleitende Lohnskala, durch die im laufenden Jahr die Löhne an die Preisentwicklung angepaßt werden!

Angela Bankert
(Mitglied der ÖTV Remscheid)



haben wir einen Anspruch darauf, durch entsprechende Lohnerhöhungen unseren Lebensstandard zu sichern. Deshalb sollten in Zukunft die Tarifverträge mit einer Lohnleit-Klausel abgeschlossen werden, die eine Anpassung der Löhne an die Preisentwicklung im laufenden Jahr vorsieht. Nur so kann verhindert werden, daß wir dauernd hinter den Preisen herlaufen und am Ende doch den kürzeren ziehen.

tens Ende des Jahres wieder wegfallen. Die Arbeiter und Angestellten können sich damit kaum begnügen! Gerade für die unteren Einkommensgruppen ist die Forderung nach einem angemessenen Mindestlohn aktueller denn je.

Auch für Auszubildende und junge Arbeitnehmer müßte endlich über ein Mindesteinkommen verhandelt werden, mit dem sie sich wirtschaftlich auf eigene Beine stellen können. Die 400,- bis

Kommentar:

DAS URTEIL ZUR AUSSPERRUNG

"Wer sich auf die Gerichte verläßt, ist verlassen!" So kommentierte VORAN den Versuch der DGB-Spitze, ein Verbot der Aussperrung durch Richterspruch zu erlangen. Das Urteil des Bundesarbeitsgerichts (BAG) vom Juni diesen Jahres hat wieder einmal diese Erfahrung der Arbeiterbewegung bekräftigt. Die Juristerei ist und bleibt eine Wissenschaft, die für die Herrschenden und gegen die Arbeiter gemacht ist.

Die Aussperrung ist grundsätzlich erlaubt, so entschied das BAG und stellte fest, man müsse "der Arbeitgeberseite das Recht zugestehen, dem Angriff auf die Verbandssolidarität durch Abwehraussperrungen zu bege-

gen". Die Gewerkschaften mit nahezu 8 Millionen Mitgliedern die gesellschaftlich stärkste Kraft in diesem Staat. Sie hätten es nicht nötig, sich von unternehmerfreundlichen Richtern die Rechtmäßigkeit und Zweckmäßigkeit von Kampfmaßnahmen vorschreiben zu lassen.

Was fehlt, ist eine Führung, die diese Stärke in Arbeitskämpfen mobilisiert, organisiert und koordiniert. Daß der Urteilspruch hätte anders ausfallen können, wenn der DGB in der Vergangenheit durch eindeutige Demonstrationen der Stärke (z.B. Vollstreiks bei Aussperrungen) den Unternehmern klargemacht hätte, wie weit sie gehen können, mußte selbst das BAG unfreiwillig



nen". Für die Gewerkschaften heißt das: der Angriff auf das Streikrecht wurde gerichtlich abgesegnet, die Existenzfrage für die Arbeitnehmer und ihre Gewerkschaften stellt sich nach wie vor. Die Berufung auf das Aussperrungsverbot in der Hessischen Landesverfassung ist hinfällig.

Gerade im Hinblick auf die kommenden Jahre, die unter dem Zeichen steigender Arbeitslosenzahlen, verschärfter internationaler Konkurrenz, weiterer Rationalisierungsmaßnahmen sowie schärferen Lohnkämpfen und Streiks stehen, hat die verfehlte DGB-Kampagne das Gegenteil dessen bewirkt, was sie bezweckte: die gesetzliche Rechtmäßigkeit der Aussperrung wurde nicht grundsätzlich in Abrede gestellt, sondern grundsätzlich zementiert! Die Argumente der Gewerkschaftsvertreter: die Aussperrung entbehre nicht nur jeglicher Rechtsgrundlage, sie verstoße darüberhinaus auch gegen Kernrechte unserer Verfassung, indem die Aussperrung die Menschenrechte der betroffenen Arbeitnehmer verletze und die Koalitionsfreiheit der Gewerkschaften in Frage stelle. Darauf antwortete das BAG lapidar: "Dieser Ansicht kann der Senat nicht folgen", und führte weiter aus, daß sich ein "generelles Verbot der Aussperrung auf diesem Wege nicht begründen lasse".

Hier bekam die rechtgläubige DGB-Spitze Nachhilfeunterricht, was es einbringt, sich blauäugig auf die freiheitlichste Verfassung der deutschen Geschichte zu berufen. Wer aus dieser Rechtgläubigkeit heraus zunehmend den Kampf von der betrieblichen auf die gerichtliche Ebene verlagern will, der führt die Gewerkschaftsbewegung zu Mißerfolgen. Die gesamte inhaltliche Ausrichtung der Kampagne erwies sich als Schlag ins Wasser.

Mit wachsendem Unmut sehen viele Kollegen, wie die DGB-Führung die Gewerkschaften zu einem ordnungsstabilisierenden Instrument für die Unternehmer und den Staat verkommen läßt. Vor lauter demokratischer Verpflichtung gegenüber dem kapitalistischen Gesamtwohl scheint sie es erst gar nicht zu wagen, die Kampfkraft der Basis direkt zum Einsatz zu bringen! Dabei bilden

einräumen. Denn nur, weil der DGB in der Vergangenheit nichts getan hat, um durch Kampfmaßnahmen und eine offensive Politik seinen Standpunkt selbst durchzusetzen, konnte jetzt das BAG den Handlungsspielraum der Gewerkschaften einengen: "Der Senat ist deshalb gezwungen, ohne Hilfe... der Tarifvertragsparteien Abgrenzungsmerkmale zu entwickeln, mit deren Hilfe die Proportionalität einer Kampfmaßnahme beurteilt werden kann..." Im Klartext: "Wir, ein paar Richter, bestimmen, wie weit Ihr in Euren Streiks gehen dürft..."

Solange der DGB die Lage der Arbeiter über Gerichtsurteile verbessern will, ohne die Masse der Kollegen zu mobilisieren, wird der Erfolg ausbleiben. Nicht durch hehre Appelle, moralische Werte wie Menschenwürde usw. kann sich die Arbeiterbewegung bessere Positionen erobern, sondern nur, indem wir unsere Stärke im Kampf demonstrieren. Wie können nur auf unsere eigene Stärke bauen. Von dieser kapitalistischen Gesellschaft dürfen wir uns kein freiwilliges Zugeständnis erhoffen.

Die Gerichte sprechen grundlegend immer für die herrschende Klasse Recht. Unser Ziel muß es daher sein, diese Klasse - die Unternehmer - zu entmachten (und es nicht beim friedlichen Zusammenleben belassen). Gerichtliche "Kämpfe" sind auf diesem Weg nur Nebenschauplätze. Das Kräfte-messen vor "unabhängigen" Gerichten kann kein Ersatz für die direkten Kampfaktionen der Kollegen sein, sondern höchstens eine Ergänzung. Was vor Gerichten für uns rauskommt, ist bestenfalls eine Widerspiegelung der gesellschaftlichen Kräfte- und Machtverhältnisse. Diese lassen sich nur durch Klassenkampf verändern.

Wenn wir unsere führenden Kollegen im DGB nicht auf diese Zielsetzung verpflichten, sondern sie in ihrer weltfremden Sozialpartnerschaftsideologie belassen, werden sie sicher noch viele (sinnlose) Schaukämpfe, aber keinen entscheidenden Machtkampf führen!

Ingolf Becker
SPD-Mitglied Remscheid

Interview mit zwei jungen Gewerkschaftern:

DIE SPD IM WAHLKAMPF

Warum sind junge Arbeiter in der SPD und bei den Jusos? Warum setzen sie sich für einen SPD-Wahlsieg ein? Was erwarten sie von der Partei? Und was haben sie an ihr zu kritisieren? Was denken sie über VORAN? Das folgende Interview gibt über diese Fragen Aufschluß. Unsere Hamburger Mitarbeiter Greg und Sue Powell sprachen mit Bernd (Postgewerkschafter) und Mario (Mitglied der IG Bau, Steine, Erden) aus der Juso-IG Hamburg-Altona.

VORAN: "Warum seid ihr in der SPD?"

Mario: "Meine Eltern und meine Großeltern sind alle Sozialdemokraten und eigentlich hat die Partei bisher mich am meisten angesprochen. Trotzdem habe ich mehr berechtigte Kritik an der Partei heute wie vor zwei Jahren. Gleich am Anfang hat mich gestört, daß die Partei sich nicht mehr Arbeiterpartei nennt, sondern Volkspartei, denn das wichtigste für den Sozialismus sind die Arbeiter, und diejenigen, die davon überzeugt sind."

Bernd: "Also ich habe mich eine ganze Zeit dagegen gestraubt, SPD-Mitglied zu werden, ich wollte mich voll auf die Gewerkschaftsarbeit konzentrieren - wenn ich was mache, dann nur aktiv - entweder voll oder garnicht. Erst, wo ich mich ein bisschen aus der Gewerkschaftsarbeit zurückgezogen habe, habe ich die Zeit gefunden, mich politisch zu engagieren, was ich eigentlich schon immer vorhatte. Ich habe die Parteienlandschaft in Deutschland angeschaut. Da kamen die schwarzen Parteien - CDU/CSU, und ich zähle auch die FDP dazu - schon mal gar nicht in Frage, ich sehe mich als Linker an. Die K-Gruppen, DKP usw. das war auch nicht meine Richtung, da gab es für mich dann nur die SPD. Es war also nicht eine Überzeugungssache, ich sehe vielmehr in der SPD die Möglichkeit, meine Ziele zu verwirklichen. Leider haben noch die Rechten das Sagen in der Partei. Es ist ein Ziel für mich, über die SPD die Linken zu stärken und dann was am System zu ändern."

Mario: "Nachdem ich nun wählen konnte, war es für mich eindeutig klar, SPD zu wählen, denn ich habe mir auch gesagt, jede Stimme, die die SPD nicht bekommt, ist eine verlorene Stimme. Ich bin auch von dem Ziel der Partei überzeugt, nur bin ich im Moment nicht davon überzeugt, daß diese Partei, so wie sie jetzt besteht, dieses Ziel verwirklichen kann. Wenn ich meine Generation angucke, da sind die alle wenigstens rosa gefärbt, Schwarze gibt

es gar nicht, und ich gehe davon aus, daß meine Generation mal irgendwann die Partei übernehmen wird und dann wird die Partei wieder linker, wieder eine Arbeiterpartei."

VORAN: "Und Kritik? Habt Ihr Kritik an der Partei?"

Bernd: "Also ich bin reingekommen und dann wurde diskutiert, also gar keine Aktionen, man hat alles zerredet, keine Folgen, nichts nach außen. Auch die Jusos stellen sich nach außen schlecht dar. Der normale Arbeiter kann sich mit den Themen, die die Jusos sonst behandeln gar nicht identifizieren, der hat ganz andere Probleme, seine Umwelt, seinen Arbeitsplatz, seine Sorgen - und da müßten wir Anhaltspunkte finden, da könnte man auch junge Leute gewinnen, da würden sie auch aktiv werden. Aber die Jugend muß auch in der Partei eine größere Rolle spielen - der Jugend gehört die Zukunft, nicht den Alten!"

Mario: "Und die jungen Arbeiter und Auszubildenden haben ganz andere Probleme als die älteren. Der Streß fängt schon ab der siebten Klasse in der Schule an, da spürt man schon die Hand der Arbeitgeber. Und damit müßten sich die Jusos ganz konkret auseinandersetzen."



Bernd: "Aber man sieht es manchmal auch in der Partei, wenn was fortschrittliches, revolutionäres, sozialistisches kommt, dann kriegen manche Funktionäre Angstzustände, Angst um ihre Positionen und das sind schon die ersten Anzeichen des Konservatismus. Das ist leider in der SPD auch der Fall im Augenblick. Wir müßten mehr Kontrolle haben über unsere Vertreter."

Mario: "Ja, auch das Verhältnis zwischen Basis und Führung oder Funktionären in der Partei ist wichtig."

VORAN: "Wie soll die SPD in den Wahlkampf?"

Bernd: "Es reicht nicht, wenn unsere Kandidaten einmal in vier Jahren vorbeikommen, 'Guten Tag, hier bin ich', usw."

...Aber abgesehen davon bin ich der Meinung, daß wir auch ein anderes Programm brauchen, um mit den Problemen fertig zu werden. Die Probleme dieser Arbeitslosigkeit usw. kann man in diesem System nicht lösen. Meine persönliche Überzeugung ist es, daß sich dieses System ändern muß, daß wir diesen Schritt zum Sozialismus machen, um die anstehenden Probleme zu lösen."

(Es entwickelt sich eine lange und heiße Diskussion über die Möglichkeit, Wähler zur SPD zu bringen, wenn man mit einem sozialistischen Programm den Wahlkampf machen würde. Zum Schluß sind sich alle einig, daß man anfangen muß, wenn auch mit wenigen, für ein sozialistisches Programm zu kämpfen und Mehrheiten für solche Ideen finden, aber daß man es auch heute und jetzt von der SPD fordern kann, weil es die einzige Alternative ist.)

VORAN: "Was haltet Ihr von unserer Zeitung?"

Bernd: "Also ich finde die Artikel ganz gut, sie regen ordentlich zum Nachdenken an, zur Überprüfung der eigenen Position. Insofern finde ich, hat sie schon eine Daseinsberechtigung. Wenn sie einen größeren Leserstamm kriegt, dann wird sie noch besser, dann gibt es auch andere Leute, die ihre Meinung überdenken."

Mario: "Nachdem ich also heute abend diese Diskussion mitgemacht habe, möchte ich auch sagen, daß diese Zeitung 100%ig gerechtfertigt ist. Ganz zu Anfang, als ich sie erstmal in die Hand bekam, dachte ich, das wäre was wie "Roter Morgen" oder so, das kann ich sowieso nicht akzeptieren. Nachdem ich aber gemerkt habe, daß die Zeitung eigentlich das sagt, was ich auch denke, sagen möchte, darauf hinarbeiten will, da bin ich fest davon überzeugt, daß die Zeitung doch weiterexistieren wird. Die Daseinsberechtigung ist eben da, jetzt sieht man, es gibt mehrere von uns, es muß immer mehr davon geben und die Zeitung ist als Organ für uns absolut notwendig."

Bernd: "Sie erweckt Hoffnungen, daß es vorangeht - daher auch der Name."

VORAN

WELTWEIT RÜSTUNG, WELTWEIT KRIEGE...

Fortsetzung von S. 1

Alleine die USA intervenierten nach eigenen amtlichen Angaben (Office of the Assistant Secretary of Defense, OASD) in den Jahren von 1958 bis 1966 insgesamt 164 mal in anderen Ländern (siehe Tabelle 2). Diese offiziellen Angaben sind bestimmt untertrieben!

Guerillakriege usw.	76
Militärkonflikte zwischen Staaten.....	15
Staatsstreich, Aufstände, Revolten usw.	73
Insgesamt.....	164

"Dritter Weltkrieg"? -
- Nein, Kolonialrevolution!!!

Seit Ende des II. Weltkriegs nahmen die militärischen Auseinandersetzungen weltweit sogar zu. SIPRI untersuchte die Statistik der "lokalen" Kriege auf der Erde zwischen 1945 und 1969 in den vier Regionen: Asien (ohne Nahost), Nahost, "Schwarzafrika" und Lateinamerika. In dem Vierteljahrhundert nach dem II. Weltkrieg war das Territorium (oder ein Teil davon) von 59 Ländern dieser vier Regionen Kriegsschauplatz. (Der I. Weltkrieg wurde in 14, der II. in 40 Ländern ausgetragen). Die Gesamtzahl der in diesen Territorien ausgetragenen Kriege ist 93 (einschließlich Europa 97). In diesen Kriegen ist nicht eine einzige Kriegserklärung abgegeben worden! Die Zahl der getöteten Menschen entspricht mit "weit mehr als 10 Millionen" fast den Opfern des II. Weltkrieges! (siehe Tabelle 3)

welche gegenwärtig im Gang oder im Anfang begriffen sind (El Salvador, Südkorea, Indien, Zimbabwe, Südafrika usw.) beweisen dies zur Genüge.

Natürlich wird der Imperialismus (trotz seiner Niederlagen) nirgendwo freiwillig weichen. Natürlich wird kein Diktator zurücktreten, ohne Gewalt anzuwenden. Deshalb geht der "Weltbürgerkrieg" mit unverminderter Schärfe weiter, wobei "eine Art von Frieden" gegenwärtig nur in Europa, Japan, Nordamerika und den stalinistischen "Ostblockstaaten" herrscht. Zur Zeit sind weltweit 37 "wichtige und sekundäre Konflikte" in Gang (US Centre for Defense Information). In diesen Konflikten kämpfen 8 Millionen Guerillas, Söldner und Regierungstruppen. Zwischen 2 und 5 Millionen Menschen (einschließlich Zivilisten) sind schon tot. Die überwiegende Mehrheit dieser Konflikte wird in der 3. Welt ausgetragen, wo hungrige Abermillionen um eine anständige Existenz kämpfen.

Verstärkte Entspannungspolitik? -
- Utopisch!

Die Nord-Süd-Kommission der UNO (deren Vorsitz Willy Brandt innehat), stellte fest, daß jeder sechste Mensch obdachlos und in absoluter Armut lebt, und daß ca. 30% der Bevölkerung der Dritten Welt arbeitslos sind. Trotzdem gehe die militärische Verschwendung jährlich in Milliardenhöhe weiter. Bei jedem Pulsschlag eines (ruhigen) Erwachsenen verschwinden 60.000 DM auf Weltebene, um Militär und Rüstungsindustrie zu finanzieren. Alle 5 Minuten werden alleine in der BRD 552.000 DM für die Rüstung ausgegeben.

Wieviel könnte man bei vernünftiger Planung dieser Mittel erreichen! Alleine durch die Kosten der abgestürzten Starfighter - 800 Mio. DM! - könnte



weite Wirtschaftsordnung (ohne eine privilegierte und diktatorisch herrschende Bürokratie), die unter Arbeiterkontrolle und -verwaltung steht, bietet überhaupt die Chance, Hunger und Elend in der Dritten Welt abzuschießen und Kriege aller Art zu beenden.

Die Rüstungsindustrie könnte auf die Produktion nützlicher und sinnvoller Güter umgestellt werden. Schon vor einigen Jahren haben die Arbeiter der britischen Rüstungsfirma Lucas Aerospace einen alternativen Produktionsplan ausgearbeitet. Er zeigt: ihre Fähigkeiten und die Technologie ihres Betriebes ist auch für friedliche Nutzung geeignet. Er zeigt weiter: die Arbeiter sind in der Lage, ohne kapitalistisches Management die Produktion eigenständig zu organisieren - in Selbstverwaltung. Das Vorbild der Lucas Aerospace-Betriebsrat ist inzwischen auch von den Beschäftigten des Vickers-Rüstungskonzerns nachgeahmt worden. Aber natürlich leistet das Management gegen diese Pläne der Arbeiter in beiden Fällen erbitterten Widerstand.

Die militärische und Rüstungsforschung könnte ohne weiteres auf die Erforschung umweltfreundlicher, arbeitserleichternder, arbeitszeitverkürzender und energie- und rohstoffsparender Produktionsverfahren umgestellt werden. In einer Planwirtschaft könnten (bei gleichem Produktionsniveau an gesellschaftlich nützlichen Gütern) alleine die 2,5 Millionen Beschäftigten in Bundeswehr und Rüstungsindustrie gemeinsam mit den 1,5 Millionen Arbeitslosen dazu beitragen, die wöchentliche Arbeitszeit in der BRD auf 32 Stunden (!) zu verkürzen, falls man die vorhandene Arbeit gleichmäßig auf alle verteilt.

Doch alle diese schönen Pläne werden die Herrscher über die Welt niemals freiwillig durchführen. Sie werden sich auch nicht dazu zwingen lassen, solange sie an der Macht sind. Deshalb muß der Kampf gegen Hunger und Elend, für Frieden und Abrüstung mit dem Kampf zur Entmachtung der herrschenden Klassen und für den Aufbau einer weltweiten sozialistischen Arbeiterdemokratie verbunden werden.

Sue Powell und Kurt Pfeifle

Der Juso-Bundesvorstand hatte recht, als er sagte: "Frieden ist mehr als Abwesenheit von Krieg. Frieden ist die Überwindung von sozialer und politischer Unterdrückung, innenpolitisch wie im Verhältnis der Völker zueinander."

Wie ist es dann möglich, Abrüstung und Frieden zu erreichen? Wie könnte man die Ressourcen, die gegenwärtig für Rüstung verschwendet werden, positiv nutzen, um soziale und wirtschaftliche Probleme zu lösen?

Die Antwort im Rahmen eines (weltweiten) kapitalistischen Gesell-

schaftssystems zu finden - das ist unmöglich. Die Lösung dieses Problems mit dem Kampf für die Entmachtung des Weltkapitals (und der stalinistischen Bürokratenherrscher!) und für eine weltweite sozialistische Demokratie zu verbinden - das ist der einzige Ausweg!

Planwirtschaft ohne Rüstung =
= Arbeitszeitverkürzung

"Imperialismus bedeutet Krieg (und Revolution)", daran hat sich seit Lenins Zeiten nichts geändert, im Gegenteil! Nur eine demokratisch geplante welt-

Tabelle 3: Gesamtdauer der lokalen Kriege nach Fünfjahresperioden

Perioden:	Gesamtdauer nach Perioden:	Durchschnitt pro Jahr:	in % der Gesamtdauer:
1945-49	25 Jahre	5,15 Jahre	10,03 %
1950-54	34 Jahre	6,74 Jahre	13,19 %
1955-59	49 Jahre	9,75 Jahre	19,07 %
1960-64	58 Jahre	11,55 Jahre	22,60 %
1965-69	90 Jahre	17,94 Jahre	35,11 %
1945-69	256 Jahre	10,22 Jahre	100,00 %

Für eine absolute SPD-Mehrheit mit sozialistischem Programm!

Fortsetzung von Seite 1

Viele SPD-Wähler, Sympathisanten und Wahlhelfer erwarten nach einem SPD-Wahlsieg einen Neubeginn in der Regierungspolitik. Sie wollen:

- daß Schluß ist mit dem Abbau an Sozialleistungen und Reformen;
- daß die Angriffe auf den Lebensstandard aufhören;
- daß es mit den steigenden Arbeitslosenzahlen ein Ende hat;
- daß jeder Jugendliche einen Arbeits- oder Ausbildungsplatz erhält;
- daß die Wirtschaftskrise bald beendet wird;
- und daß die Einschränkung demokratischer Rechte sofort gestoppt wird.

Eine absolute Mehrheit der SPD ist möglich. Das hat die Landtagswahl in Nordrhein-Westfalen bewiesen. Dort hatte die SPD nämlich nicht nur im Ruhrgebiet, sondern auch in konservativen ländlichen Gebieten wie Eifel, Sauerland und Westfalen erhebliche Gewinne! Um dies auch auf Bundesebene zu erreichen, wäre allerdings ein offensiver Wahlkampf (auch gegen die FDP) auf der Basis eines grundlegenden Programms sozialer Reformen erforderlich. VORAN tritt in der SPD für diese Ziele ein.

Allerdings sind wir der Meinung, daß ein solches Reformprogramm innerhalb des kapitalistischen Systems unter den heutigen Bedingungen nicht durchzuführen ist. Dafür ist ein entscheidender Bruch mit dem Kapitalismus notwendig. Denn unter der Last der heutigen Krise, und vor allem der kommenden Wirtschaftseinbrüche wird die Staatskasse immer leerer.



Es muß endlich Schluß sein mit Arbeitslosigkeit!

Deshalb werden sich grundlegende soziale Reformen nur verwirklichen lassen, wenn sie mit einer sozialistischen Änderung des bestehenden Wirtschaftssystems verknüpft sind. VORAN meint: Die Jungsozialisten und die Linken in der SPD müssen für eine sozialistische Politik der SPD kämpfen. Einige Kernpunkte davon sind:

- * Entmachtung und Enteignung des Großkapitals!
- * Überführung der 200 größten Monopole, der Schlüsselindustrien, der Banken und Versicherungen in Gemeineigentum!
- * Demokratische Arbeiterkontrolle und -verwaltung über die Fabriken, die Produktion, die Gesellschaft und den Staat!
- * Ausarbeitung einer gesellschaftlichen Rahmenplanung zur Regelung der Produktion mit den Zielen: keine Fabriken brachliegen, keine Maschine still-

stehen und kein Rohmaterial auf Halde liegen zu lassen; jeden Arbeitslosen und Kurzarbeiter produktiv zu beschäftigen; auf diese Weise den allgemeinen Lebensstandard zu heben und noch bestehendes Elend auszurotten!

- * Arbeit für alle durch eine 35-Stunden-Woche ohne Lohnverlust und Aufteilung der vorhandenen Arbeit auf alle Beschäftigten!
 - * Ein garantiertes Mindesteinkommen von 1.400,- DM netto für alle Erwachsenen!
 - * Ausreichenden und billigen Wohnraum für alle, indem die in Gemeineigentum überführte Bauindustrie unter staatlicher Planung jährlich mindestens 1.000.000 Sozialwohnungen baut!
- FÜR EINE ABSOLUTE SPD-MEHRHEIT AUF DER GRUNDLAG EINES SOZIALISTISCHEN PROGRAMMS!

Redaktion VORAN



Angesichts dieser Zahlen kommt SIPRI zur Schlußfolgerung: "So entspricht die Gesamtzahl der lokalen Kriege in dieser Hinsicht einer Art von DRITTEM WELTKRIEG..." Was hier als eine Art von Drittem Weltkrieg bezeichnet wird, ist in Wirklichkeit die Explosion der Befreiungsbewegungen in der gesamten Dritten Welt nach 1945! Die koloniale Revolution gegen imperialistische Ausbeutung, die Unterdrückung dieser Bewegungen durch die Großmächte, die Gegensätze zwischen Arm und Reich, zwischen Elend und Überfluß führten unaufhaltsam zu erbitterten bewaffneten Konflikten. Es wäre also richtiger, statt von "einer Art Dritter Weltkrieg" von einem weltweiten BÜRGERKRIEG zu sprechen!

Dies zeigt: von einer weltweiten "Entspannung" war zu keinem Zeitpunkt zu reden! In der kolonialen Welt herrscht laufend Krieg und Bürgerkrieg. Die Gegensätze zwischen den Klassen sind unversöhnlich. Diese Spannungen lassen sich nicht mit reformistischen Methoden wie z. B. Entwicklungshilfe, Umschuldungsverhandlungen dämpfen. Die weltweiten Ausgaben für Entwicklungshilfe betragen ohnehin nur den 15. Teil der weltweiten Militärausgaben.

...Weltbürgerkrieg geht weiter

Trotz ihrer gigantischen Rüstung waren Imperialismus und reaktionäre Diktatoren nicht in der Lage, die Befreiungsbewegungen auf Dauer in Schach zu halten. Die revolutionären Umwälzungen, die seit 1945 stattgefunden haben (in China, Osteuropa, Kuba, Syrien, Burma, Vietnam und ganz Südostasien, Angola, Mozambique, Guinea-Bissau, Nordjemen, Somalia, Äthiopien, Iran, Nicaragua usw.) und die,

man alle (deutschen) Seen und Flüsse von jeglicher Umweltverschmutzung und -vergiftung befreien. Für den Preis eines nuklearen U-Bootes könnte man 74.000 Familien in der Dritten Welt in neue Wohnungen unterbringen. Mit dem Preis von einem Panzer ließen sich 1000 Klassenzimmer errichten.

Es wäre utopisch zu glauben, daß die Dutzende von Befreiungsbewegungen und Bürgerkriegen, die zur Zeit im Gange sind durch "verstärkte Entspannungspolitik" zu lösen wären (wie es viele Linksreformisten in der SPD fordern). Entspannungspolitik hat zur Zeit des weltweiten Nachkriegsaufschwungs nicht funktioniert, weil sich auch in diesem Zeitraum das soziale Elend der 3. Welt verschärfte. Entspannungspolitik kann in einer Periode zunehmender kapitalistischer Wirtschaftskrisen noch weniger funktionieren. Die Lasten werden auf die Dritte Welt abgewälzt. Die Folgen sind soziale Explosionen von gigantischem Ausmaß: der "Weltbürgerkrieg" wird weitergehen, bis zum Sieg der Unterdrückten (oder bis zu einem bitteren Ende!).

Abrüstung nur realistisch bei weltweiter sozialistischer Demokratie!

Was Lenin 1918 sagte, ist angesichts der Situation in der Dritten Welt heute aktueller denn je: "Die Bewaffnung der Bourgeoisie ist eine der größten, kardinalsten, wichtigsten Tatsachen der heutigen Gesellschaft." Diese Bewaffnung dient der Bourgeoisie zur Verteidigung ihrer Klassenherrschaft. Ohne diese Bewaffnung wäre sie dem Ansturm der unterdrückten Klassen hilflos ausgesetzt. Die Forderung nach ihrer Entwaffnung kann sie deshalb nur als eine lächhafte Zumutung empfinden.

ABONNIERT VORAN

ICH WÜßTE VORAN ABONNIEREN

und habe DM 7,- auf das Postscheckkonto Hans-Gerd Ofinger, PochA Essen 170 20-433 überwiesen. (Abopreis für sechs Ausgaben) Lieferung ab Nr. erfolgt nach Zahlungseingang.

Name:

Adresse:

Redaktion "Vorán" 563 Remscheid, Hammesbergerstr. 75